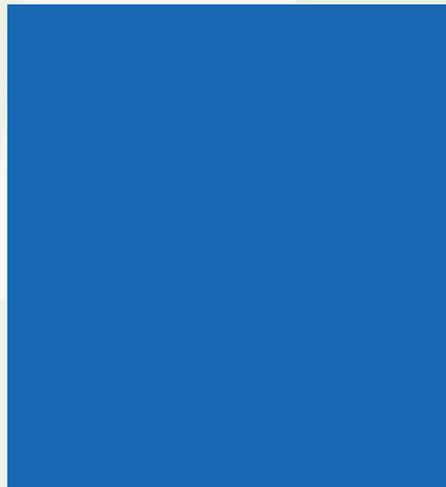


BEITRÄGE ZUR SOZIALEN SICHERHEIT

Nationale Armutskonferenz

***Wege und Handlungsstrategien
gegen Armut und soziale Ausgrenzung
von Kindern und Jugendlichen***

Forschungsbericht Nr. 21/03



**BSV / /
OFAS / /
UFAS / /**

*Bundswart für Sozialversicherung
Office fédéral des assurances sociales
Ufficio federale delle assicurazioni sociali
Ufficio federal da las assicuranzas sociais*

Das Bundesamt für Sozialversicherung veröffentlicht in seiner Reihe "Beiträge zur Sozialen Sicherheit" konzeptionelle Arbeiten und Forschungsbereiche zu aktuellen Themen im Bereich der Sozialen Sicherheit, die damit einem breiten Publikum zugänglich gemacht und zur Diskussion gestellt werden sollen. Die präsentierten Analysen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesamtes für Sozialversicherung wieder.

Auskünfte: Talin Stoffel, Bereich Forschung & Entwicklung
Bundesamt für Sozialversicherung
Effingerstrasse 20
3003 Bern
Tel. 031 322 87 65
Fax 031 324 06 87
E-mail: talin.stoffel@bsv.admin.ch

ISBN: 3-905340-89-5

Copyright: Bundesamt für Sozialversicherung,
CH-3003 Bern

Auszugsweiser Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung – unter Quellenangabe und Zustellung eines Belegexemplares an das Bundesamt für Sozialversicherung gestattet.

Vertrieb: BBL, Vertrieb Publikationen, CH - 3003 Bern
<http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen>

Bestellnummer: [318.010.21/03 d 11.03 550](#)



Bundesamt für Sozialversicherung

Nationale Armutskonferenz

Wege und Handlungsstrategien gegen Armut und soziale
Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen

Konferenzbeiträge

Bern, 23. Mai 2003

Inhaltsverzeichnis

Nationale Armutskonferenz.....	1
Michel Valterio	
Kinderarmut im internationalen Vergleich.....	3
Michael F. Förster	
<i>Co-Referat</i>	
Die neue Dynamik im Kampf gegen Armut auf europäischer Ebene – Impulse für die Schweiz.....	15
Olivier Gerhard	
Kinderarmut als Einstieg in eine Exklusionskarriere	23
Dr. Gerhard Beisenherz	
<i>Co-Referat</i>	
Armutsbetroffene Kinder und Erwachsene sind Partner bei der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft.....	33
Ursula Jomini	
Soziale Benachteiligung und Gesundheitsförderung – europäischer Stand und Perspektiven.....	39
Dr. Horst Hackauf	
<i>Co-Referat</i>	
Arme sterben früher!.....	51
Dr. Carlo Knöpfel	
Die familiäre Vererbung von Armut.....	55
Prof. Dr. FS Franz Schultheis, Nathalie Pigot	
<i>Co-Referat</i>	
Familienarmut ist kein unabwendbares Schicksal	69
Jean Blanchard	

Nationale Armutskonferenz

Wege und Handlungsstrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen

Am 23. Mai fand in Bern unter der Leitung des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) die Nationale Armutskonferenz zum Thema „Wege und Handlungsstrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen“ statt. Die Konferenz ging auf das Postulat Weber zurück, das die Organisation einer solchen Konferenz verlangte um die Armut in der Schweiz zu analysieren, Lösungsvorschläge und Auswege zu diskutieren und die Zusammenarbeit von Betroffenen und betroffenen Organisationen zu fördern.

Die Armutskonferenz stiess auf grosses Interesse. Das unterstreicht die Bedeutung und Aktualität des Themas und erinnerte daran, dass Armut und soziale Ausgrenzung auch in der Schweiz von heute eine Realität ist.

Das Ausmass der Armut und Armutsbetroffene haben sich im Laufe der Zeit geändert, ohne jedoch zu verschwinden. Dank der Einführung der Sozialversicherungen konnten die bekannten Armutsrisiken Alter, Invalidität, Krankheit und Tod des Ernährers deutlich verringert werden. An ihre Stelle sind neue Risiken getreten. Besonders armutsgefährdet sind heute u.a. Langzeitarbeitslose, Migrantinnen und Migranten, unqualifizierte Arbeitnehmende, Alleinerziehende, Grossfamilien, Tieflohnbezüger und -bezügerinnen.

Seit Ende 2001 ist erneut eine steigende Tendenz bei den Sozialhilfebezügen festzustellen. Oft sind dabei Kinder der auslösende Faktor für ein Leben unterhalb der Armutsgrenze. Kinder sind ein Armutsrisiko womit sie auch selbst überproportional von Armut und den daraus resultierenden Folgen betroffen sind.

Die Nationale Armutskonferenz hat deshalb Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen als Schwerpunkt gewählt.

In den Schweizer Städten bezogen letztes Jahr 8.4 Prozent der Kinder unter 18 Jahren Sozialhilfe. In einzelnen Städten liegt die Dichte gar bei 10 Prozent. Das ist doppelt soviel wie in der Gesamtbevölkerung. Auch junge Erwachsene sind beim Sozialhilfebezug stark übervertreten. Diese Tendenz ist nicht zuletzt deshalb besonders besorgniserregend, weil sich in dieser Lebensphase entscheidet, ob sich die Sozialhilfeabhängigkeit verfestigt oder eine nachhaltige Loslösung gelingt.

Armut darf nicht nur monetär betrachtet werden. Armut ist nicht nur ein Mangel an Geld, sondern bedeutet oft auch ein Mangel an kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Res-

ourcen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Kinder, die in Armut aufwachsen häufiger krank sind und häufiger unter psychosomatischen Beschwerden wie Kopf- und Rückenschmerzen oder Schlaflosigkeit leiden. Armutsbetroffene beteiligen sich weniger oder gar nicht am sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Das ist eine gefährliche Tendenz, an der weder die Zivilgesellschaft, die aktive BürgerInnen braucht, noch die Wirtschaft, die KundInnen und Arbeitskräfte will, ein Interesse haben können.

Beseitigung von Armut und Förderung der sozialen Integration von Armutsbetroffenen muss auch in der Schweiz eine politische Priorität sein.

Mit der nationalen Armutskonferenz wurde ein erster kleiner Schritt getan. Sie hat verdeutlicht, dass Probleme existieren und nicht einfach verschwinden werden. Sie hat aber auch gezeigt, dass es Handlungsoptionen gibt. Nun geht es darum, diese zu konkretisieren und weiter zu verfolgen. Für eine erfolgsversprechende Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist die Koordination und Zusammenarbeit zwischen sämtlichen beteiligten Akteuren von grösster Bedeutung. Es ist evident, dass ein solches Engagement gemeinsam von Gemeinden, Kantonen, Bund, zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, Sozialpartnern und selbstverständlich unter Einbezug Armutsbetroffener getragen werden muss. An der Nationalen Armutskonferenz wurde die Forderung nach einem Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung aufgestellt. Unterdessen hat der Bundesrat in der Antwort zur Motion Rechsteiner festgehalten, dass der Bundesrat es als sinnvoll erachtet, die Möglichkeit zur Ausarbeitung eines solchen nationalen Aktionsplanes zu prüfen.

Mit diesem Tagungsband liegen die Referate und Co-Referate der Nationalen Armutskonferenz in gedruckter Form vor. Der Aufbau des Bandes folgt dem Ablauf der Tagung: Jedem Referat, das sich der Fragestellung aus wissenschaftlicher Sicht nähert, folgt ein Co-Referat, das die Problematik aus praktischer Sicht und auf Grund von Erfahrungen beleuchtet.

Michel Valterio, stellvertretender Direktor, Bundesamt für Sozialversicherung

Kinderarmut im internationalen Vergleich

Worin begründen sich Länderunterschiede und wo liegen die Grenzen finanzieller Armutserfassung?

Dr. Michael F. Förster

European Centre for Social Welfare Policy and Research, Vienna

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat das Thema der finanziellen Kinderarmut in einem internationalen Kontext zunehmende Aufmerksamkeit erfahren. EUROSTAT (2000) legt einen Kurzbericht zur Kinderarmut in 13 EU Ländern vor, wonach Kinder 1996 in allen Mitgliedsländern außer Dänemark und Griechenland ein überdurchschnittliches Armutsrisiko zu tragen haben. Kinderarmut in den EU-Beitrittsländern wird im allgemeinen als steigend beschrieben. Aber auch nationale Armutsberichte inkludieren zunehmend internationale Vergleiche, darunter von Kinderarmut. Als Kernthema der ersten nationalen Armutskonferenz der Schweiz am 23. Mai 2003 wurde „Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen“ bestimmt. Der Vortrag¹ an jener Konferenz ging daher auf folgende zentrale Fragestellungen ein:

- Was ist das Niveau von Einkommensarmut im internationalen Vergleich, und wie haben sich Armutsindikatoren im letzten Jahrzehnt entwickelt?
- Wie hat sich die ökonomische Situation von Kindern in den 90er Jahren geändert, erhöhten sich die Einkommensdifferenziale zu anderen Altersgruppen?
- Gab es eine internationale Entwicklung hin zu erhöhter Einkommensarmut von Kindern?
- Welche Bestimmungsfaktoren können für Armutsdifferenziale zwischen Ländern und Ländergruppen identifiziert werden? Demographische, arbeitsmarktspezifische und wohlfahrtspolitikspezifische Determinanten für Kinderarmut.
- Wo liegen die Grenzen finanzieller Armutserfassung? Erlaubt die Verwendung nicht-monetärer Armutsindikatoren bessere internationale Vergleiche, im besonderen zwischen „alten“ und „neuen“ EU-Ländern?

¹ Die im Vortrag vorgebrachten Argumente, Analysen und Resultate basieren wesentlich auf zwei rezenten Arbeiten: Förster (2003) und Förster et al. (2002) (siehe Literaturhinweise).

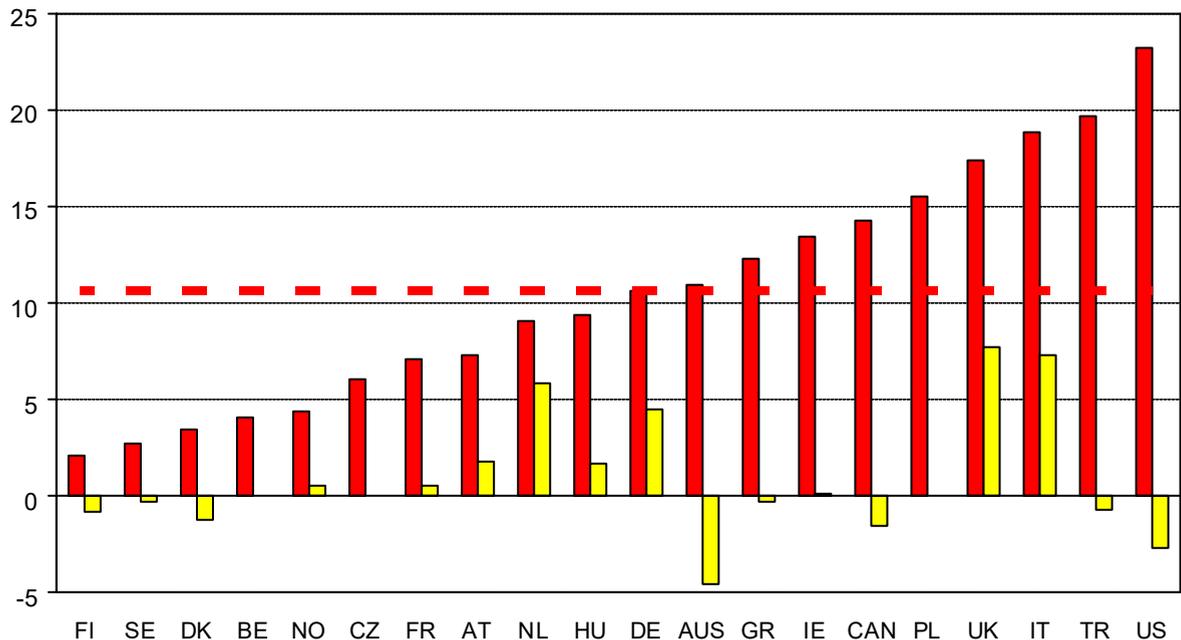
2. Allgemeine Trends im OECD Raum

Im internationalen Vergleich bestehen signifikante Unterschiede im Niveau der Einkommensarmut. Was die *relative* ökonomische Situation der Kinder vis-à-vis der Gesamtbevölkerung betrifft, kam es weder zu einer einschneidenden Verschlechterung noch zu einer Verbesserung: die finanziellen Ressourcen ihrer Haushalte blieben im Schnitt etwa 10% unter jenen der Gesamtbevölkerung und 30% unter jenen der Erwachsenen (Förster 2003). Dabei existieren jedoch bedeutsame Länderunterschiede. Während in den vier nordischen Ländern und Griechenland Einkommen der jüngsten Bevölkerungsgruppe an die 100% jener der Gesamtbevölkerung betragen, und in Belgien sogar darüber hinaus gingen, waren diese in den anglosächsischen Ländern unter dem OECD Durchschnitt.

Diese Länderunterschiede spiegeln sich auch im Niveau der Einkommensarmut von Kindern², wobei Länderdifferentiale bei Kinderarmut noch ausgeprägter sind als bei Gesamtarmut: bei einem Gesamtdurchschnitt von etwa 11% reichen Kinderarmutsraten von 2% bis 23%, wobei die nordischen Länder sowie einige kontinentaleuropäische Länder sehr niedrige Raten – unter 8% – und Großbritannien und die USA sowie einige südeuropäische Länder Raten von über 17% aufweisen. Auch Polen, Irland und Kanada haben überdurchschnittliche Kinderarmut (wenn auch nicht im gleich hohen Ausmaß), und auf der anderen Seite haben die Tschechische Republik, Frankreich und Österreich eher unterdurchschnittliche Armutsraten. Die anderen Länder, inklusive Deutschland, liegen knapp am OECD Durchschnitt (siehe Abbildung 1).

² Kinderarmut wird dabei als *relative* Einkommensarmut der unter 18-Jährigen beschrieben, d.h. als Prozentsatz der Personen mit einem gewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen unterhalb von 50% des Medianeinkommens im jeweiligen Land. Diese Armutsschwelle ist niedriger als die von der Europäischen Union verwendeten 60% des Medianeinkommens, welche „Armutsgefährdung“ beschreiben.

Abb. 1: Kinderarmutsraten im OECD Raum Mitte der 90er Jahre und Änderungen in Prozentpunkten 80er – 90er Jahre



Quelle: Förster und Pellizzari (2000)

Anmerkung: Kinderarmutsrate definiert als Prozentzahl der Kinder mit einem verfügbaren Haushaltseinkommen unter 50% des Medianeinkommens. Einkommen sind mit einer Äquivalenzskala mit Elastizität von 0.5 gewichtet.

Was den Trend betrifft, konnte ein Ansteigen der Kinderarmut sowohl in einigen Ländern mit niedriger als auch mit höherer Ausgangsbasis beobachtet werden. Andererseits gingen Kinderarmutsraten in anderen Ländern merklich zurück. Es kann also nicht von einer Konvergenz zu einem international gleich (hohen oder niedrigen) Niveau der Kinderarmut gesprochen werden. Disparitäten bestehen fort.

Des Weiteren sollte festgehalten werden, daß in einer Mehrzahl der untersuchten 20 OECD Länder ältere Bevölkerungsgruppen (Personen über 65 Jahre und, im besonderen, Personen über 75 Jahre) nach wie vor höhere Einkommensarmutsraten aufweisen als Kinder und Jugendliche – dies, obwohl es im letzten Jahrzehnt zu einer generellen Verbesserung der relativen Einkommensniveaus älterer Personen kam.

Im folgenden sollen stichwortartig mögliche Bestimmungsfaktoren für jene oben beschriebenen Länderunterschiede im Niveau der Kinderarmut besprochen werden. Sind diese vorrangig durch demographische, arbeitsmarktspezifische oder sozialpolitische Differenzen und Tendenzen bedingt?

3. Bestimmungsfaktoren finanzieller Kinderarmut

3.1 Familienstrukturen

Im Verlauf der 80er und 90er Jahre kam es zu teilweise einschneidenden Änderungen in der Familienstruktur: der Anteil der Kinder, die in Alleinerzieherhaushalten leben, ist in allen OECD Ländern mit Ausnahme Griechenlands gestiegen. Im OECD Durchschnitt leben nun 11% aller Kinder in diesen Haushalten, wie Tabelle 1 zeigt. Zweitens ist der Anteil der Kinder, die in Haushalten mit zwei Elternteilen, von denen nur einer arbeitet, in allen OECD Ländern mit Ausnahme der Türkei gesunken, und im Schnitt leben nur mehr weniger als ein Drittel aller Kinder in einem solchen „traditionellen“ Familienkontext.

Tabelle 1 Kinderanteil in verschiedenen Haushaltstypen, OECD Durchschnitt

	Nicht arbeitende Alleinerziehende	Arbeitende Alleinerziehende	2 Elternteile, nicht arbeitend	2 Elternteile, einer arbeitend	2 Elternteile, beide arbeitend
80er Jahre	2.9	5.6	3.4	36.2	51.9
90er Jahre	4.2	7.1	3.8	29.9	55.0
Änderung	1.3	1.6	0.4	-6.3	3.1

Quelle: Förster (2003)

Der Kinderanteil in Alleinerzieherhaushalten ist wesentlich höher in nordischen und anglosächsischen Ländern als in Kontinentaleuropa und in den südlichen Ländern ist er am niedrigsten. Der Anteil der Kinder, der in Haushalten lebt, in denen kein Erwachsener arbeitet, ist im Laufe der Jahre um zwei Prozentpunkte auf ca. 8% gestiegen. Er ist überdurchschnittlich hoch in Großbritannien und relativ niedrig in Österreich und Schweden.

In welchem Ausmaß sind diese unterschiedlichen Familienstrukturen für internationale Kinderarmutsdifferenziale verantwortlich? Um dieser Frage nachzugehen, wurde eine gemeinsame „hypothetische“ Familienstruktur auf alle OECD Länder angewandt – nämlich die durchschnittliche OECD Familienstruktur, gebildet aus den fünf in Tabelle 3 ersichtlichen Haushaltstypen. Für beide Werte – die tatsächlichen und die gewichteten – wurden Armutsraten für Haushalte mit Kindern berechnet. Das Ergebnis ist in Tabelle 2 zu sehen.

Tabelle 2 Ungewichtete und mit gemeinsamer Haushaltsstruktur gewichtete Armutsraten von Haushalten mit Kindern

	Ungewichtet	Gewichtet	Unterschied
Australien	9.4	8.0	-1.4
Österreich	5.6	5.4	-0.2
Belgien	3.4	3.2	-0.2
Kanada	12.5	13.8	+1.3
Dänemark	2.6	3.1	+0.5
Finnland	2.0	2.5	+0.5
Frankreich	6.7	6.8	+0.1
Deutschland	8.4	7.7	-0.7
Griechenland	11.1	10.2	-0.9
Italien	17.0	16.0	-1.0
Mexiko	23.0	22.3	-0.7
Niederlande	7.6	6.1	-1.5
Norwegen	3.6	3.4	-0.2
Schweden	2.5	3.4	+0.9
Türkei	16.6	17.2	+0.6
Vereinigtes Königreich	15.6	13.0	-2.6
USA	19.5	21.1	+1.6

Quelle: Oxley et al. (2001)

Anmerkungen: Armutsrate definiert als Prozentzahl der Personen in Haushalten mit Kindern, die über ein Einkommen geringer als 50% des Medianeinkommens verfügen. Gewichtete Armutsrate berechnet unter Annahme einer gemeinsamen Haushaltsstruktur für alle OECD Länder.

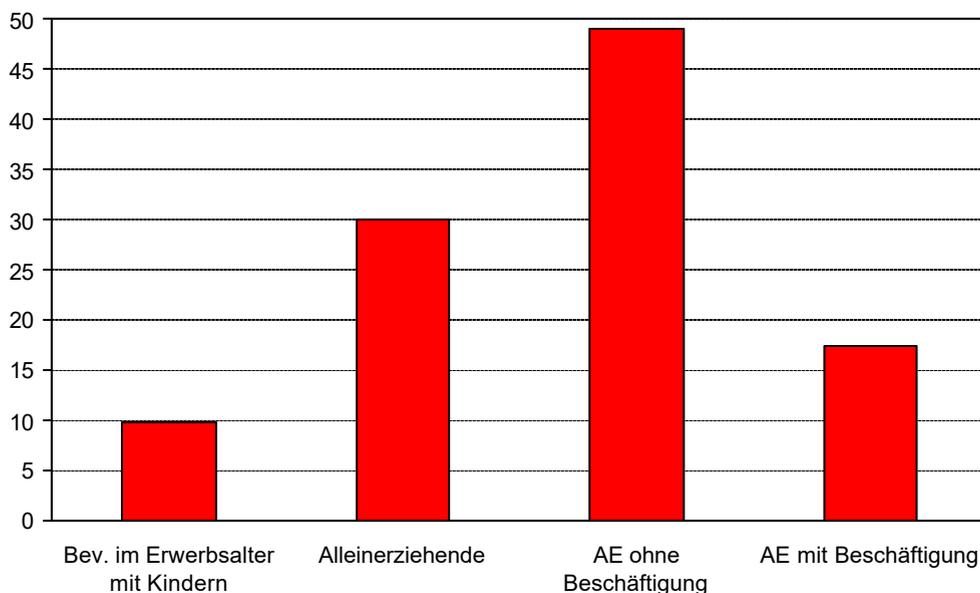
Länderunterschiede im Niveau der Armut scheinen nicht – oder nur in geringem Maße – Variationen in der Familienstruktur widerzuspiegeln: in den meisten Ländern würde die Armutsrate unter Annahme einer gemeinsamen Struktur weniger als einen Prozentpunkt von der tatsächlichen abweichen. Lediglich in Großbritannien wäre der Unterschied größer als zwei Prozentpunkte und zwar nach unten. In Frankreich und Österreich wäre die Armutsrate praktisch identisch und in Deutschland und Schweden um weniger als einen Prozentpunkt geringer (Deutschland) bzw. höher (Schweden). Dieser geringfügige Einfluß unterschiedlicher Haushaltsstrukturen betrifft auch *Änderungen* der Armutsrate zwischen den 80er und 90er Jahren. Oxley et al. (2001) zeigen, daß in den meisten Ländern hypothetische und tatsächliche Änderungsraten der Armut nicht signifikant voneinander abweichen, im generellen weniger als einen Prozentpunkt.

3.2 Arbeitsmarkt

In vielen vergleichenden Armutsstudien wird auf die Bedeutung des Faktors „Arbeit“ für die Formierung von Armutsrisiken hingewiesen und das Nichtvorhandensein einer Erwerbsarbeit als Hauptursache für Armut bezeichnet (z.B. OECD 1999; Förster und Pearson 2002; EUROSTAT 2003). Dabei wird die Absenz von Erwerbsarbeit als „Nicht-Arbeit“ im weiteren Sinne verstanden eher denn als das engere Konzept der „Arbeitslosigkeit“.

Wie oben gezeigt, leben viele Kinder zunehmend in Alleinerzieherhaushalten, etwa 8% aller Kinder in kontinentaleuropäischen Ländern und 15% in nordischen und anglosächsischen Ländern. Diese Haushalte haben ein weitaus höheres Armutsrisiko, wie Abbildung 2 zeigt. Im OECD Schnitt ist die Armutsrate dreimal so hoch wie für die Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter mit Kindern, nämlich 30% gegenüber 10%. Diese Werte verdecken beträchtliche Länderunterschiede: in den nordischen Ländern, Belgien und Österreich ist die Armutsrate von Personen, die in Alleinerzieherhaushalten leben unter 15%, während sie in Deutschland, Großbritannien, Italien, Kanada und den Vereinigten Staaten 45% und mehr beträgt.

Abb.2 Armutsraten von Personen in Haushalten mit Kindern und Alleinerziehenden nach Beschäftigungsstatus, OECD Durchschnitt ca. 1995



Quelle: Förster 2003

Anmerkung: Armutsrate definiert als Prozentzahl der Personen im jeweiligen Haushaltstyp mit einem verfügbaren Einkommen unter 50% des Medianeinkommens.

Abbildung 2 ventiliert Alleinerziehende zusätzlich nach ihrem Beschäftigungsstatus. Hier zeigt sich, daß der Umstand, eine Erwerbsarbeit zu haben, das Armutsrisiko drastisch senkt, nämlich um zwei Drittel, von 49% auf 17.5%. In einigen Ländern ist die Armutsrate

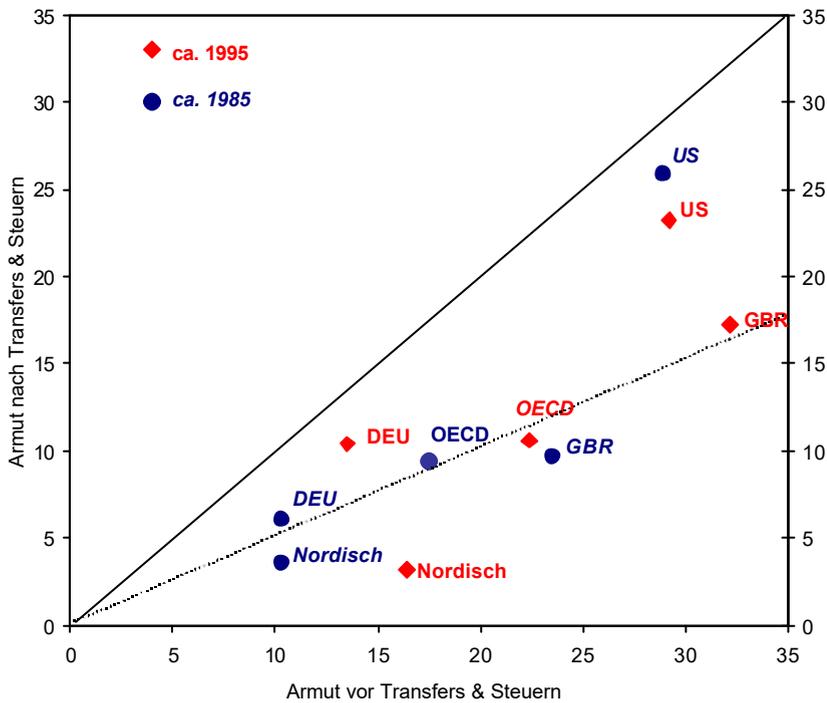
unter Alleinerziehenden mit Erwerbsarbeit nicht höher als jene der Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter mit Kindern. Allergrößte Probleme stellen sich jedoch, wenn Alleinerziehende keiner Erwerbsarbeit nachgehen können: eine von zwei Personen in diesen Haushalten sind von Armut gefährdet. Es ist also nicht der Haushaltsstatus „alleinerziehend“ *per se*, der mit Armut zu assoziieren ist, sondern die Tatsache, als Alleinerziehender keine Erwerbsarbeit zu haben.

3.3 Sozial- und Fiskalpolitik

Steuern und Sozialleistungen führen in allen OECD Ländern zu massiver Umverteilung und tragen in diesem Sinne auch zur Linderung von Armutsrisiken bei. Bezüglich der umverteilenden Rolle der Steuern und Transfers wird aber oft vergessen, daß in den meisten Ländern die Umverteilung von reich zu arm eine untergeordnete Rolle gegenüber anderen Verteilungsobjektiven spielt: von jung zu alt, von Erwerbsarbeitenden zu nicht Arbeitenden, von kinderlosen Haushalten zu Haushalten mit Kindern, und zwar unabhängig vom Einkommensstatus. Dennoch wird das Armutsrisiko durch Steuern und Transfers entscheidend gesenkt. Im folgenden wird lediglich auf den monetären Aspekt des Sozial- und Fiskalsystems eingegangen, d.h. direkte Steuern und Geldtransfers. Ohne Einrechnung von diesen Steuern und Transfers würde die Armutsrate der Erwerbsbevölkerung im OECD Schnitt von 15 verfügbaren Ländern 20% betragen. Die tatsächliche Rate war jedoch 9%, was einer Reduktion von über 50% gleichkommt (Förster und Pellizzari 2000).

Abbildung 3 stellt die aliquote Berechnung für Kinderarmut dar. Die Fragestellung dabei ist: welches Niveau würde die Armutsrate von Kindern bei Abwesenheit von Steuern und Transfers, d.h. auf Basis reiner Markteinkommen, erreichen. Diese Armutsraten sind auf der x-Achse dargestellt und werden den tatsächlichen Kinderarmutsraten – jenen auf Basis verfügbarer Einkommen – gegenübergestellt. Dabei werden neben dem OECD Durchschnitt vier Länder bzw. Ländergruppen für zwei Zeitpunkte (Mitte der 80er und Mitte der 90er Jahre) betrachtet: Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten sowie der Durchschnitt der vier nordischen Länder. Die 45°-Linie entspricht dabei der Situation einer „Nulländerung“, d.h. Armut vor und nach Steuern und Transfers wären gleich hoch. Alle betrachteten Länder befanden sich im rechten Dreieck der Abbildung, d.h. Steuern und Transfers trugen zur Reduktion der Kinderarmut bei. Die punktierte Linie entspricht einer Halbierung der Kinderarmut durch Steuern und Transfers und bezeichnet etwa die Situation des OECD Durchschnitts in den 80er Jahren.

Abb.3 Senkung der Kinderarmut durch Transfers und Steuern, ausgewählte OECD Länder



Quelle: Förster 2003

Anmerkung: Armut nach Steuern und Transfers definiert als Prozentzahl der Kinder in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen unter 50% des verfügbaren Medianeinkommens. Armut vor Steuern und Transfers definiert als Prozentzahl der Kinder in Haushalten mit einem Markteinkommen unter 50% des verfügbaren Medianeinkommens. „Nordisch“ ist der Durchschnitt der Werte für Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

In den 80er Jahren betrug das Niveau der Kinderarmut auf Basis von reinen Markteinkommen in Deutschland und den nordischen Ländern etwa 10% und wurde durch Steuern und Transfers auf 6% (Deutschland) bzw. 4% (nordische Länder) gesenkt. Kinderarmut auf Basis von Markteinkommen war wesentlich höher in Großbritannien (23%) und am höchsten in den Vereinigten Staaten (29%). In Großbritannien wurde diese um mehr als die Hälfte auf 10%, in den Vereinigten Staaten jedoch nur unmerklich auf 26% gesenkt.

Wenn man dieses Bild mit jenem der 90er Jahre vergleicht, fällt zunächst auf, daß sich alle Länder und Ländergruppen nach rechts verschoben, d.h. Einkommensarmut von Kindern vor Steuern und Transfers hat in allen Ländern zugenommen. Während sich allerdings die Effizienz der Armutssenkung durch Steuern und Transfers in den nordischen Ländern wesentlich erhöhte (Reduktion um 80%), ging diese Effizienz sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien zurück. Dies wird daran angezeigt, daß sich letztgenannte Länder in der Abbildung von der punktierten Linie nach oben, die nordischen Länder hingegen nach unten verschoben. In den Vereinigten Staaten erhöhte sich die Effizienz leicht auf 20%, wobei Kinderarmutsraten allerdings immer noch über dem OECD Durchschnitt liegen. Im OECD

Schnitt wurde Kinderarmut in den 80er Jahren durch Steuern und Transfers um etwas weniger als die Hälfte und in den 90er Jahren um etwas mehr als die Hälfte gesenkt.

4. Grenzen finanzieller Armutserfassung

Die Reduktion des Armutsbegriffes auf relative Einkommensarmut negiert andere Dimensionen der Armut, aber auch absolute Einkommensunterschiede zwischen den Ländern. Um beispielsweise aussagekräftigere Armutvergleiche mit den EU-Beitrittsländern zu erzielen, ist es sinnvoll, auch nicht-monetäre Aspekte in die Betrachtung der Armut mit einzubeziehen. Für diese Art von Indikatoren existierte jedoch lange Zeit kein allgemein akzeptiertes Regelwerk in Form von Definitionen und Massen. Die in Laeken 2001 festgelegten EU-Indikatoren erlauben eine Erweiterung des Konzepts der sozialen Ausschließung. Wie Tabelle 3 zeigt, sind dennoch vier der zehn „primären“ Indikatoren sowie fünf der „sekundären“ Indikatoren von monetärer Natur. Des Weiteren sind in diesem Regelwerk keine „kombinierten“ Indikatoren enthalten.

Tabelle 3 Laeken Indikatoren

Primärindikatoren:

1. Niedrigeinkommensquote nach Sozialtransfers (60% des nationalen Äquivalenz Medianeinkommens), aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Alter, vorwiegendem Tätigkeitsstatus, Haushaltstyp und Art des Wohnungsbesitzes; als Beispiele die Werte für typische Haushalte
2. Einkommensverteilung (Einkommens-Quintil: Verhältnis der Anteile im obersten und untersten Fünftel der nationalen Einkommensverteilung)
3. andauerndes Niedrigeinkommen: Personen in Haushalten, in denen das äquivalisierte Haushaltseinkommen unter 60 % des nationalen Median-Einkommens im Jahr n sowie in (mindestens) 2 der 3 Jahre $n-1$, $n-2$, $n-3$ lag
4. Relativer Medianwert der Niedrigeinkommenslücke
5. Regionaler Zusammenhalt (Schwankungskoeffizient der Beschäftigungsquoten auf NUTS-2 Ebene)
6. Langzeitarbeitslosenquote
7. in Haushalten ohne Erwerbstätige lebende Personen
8. Nicht in Weiterbildung oder Berufsausbildung befindliche Früh-Schulabgänger
9. Lebenserwartung bei der Geburt
10. eigene Gesundheitswahrnehmung, nach Einkommensniveau

Sekundärindikatoren:

11. Streuung der Niedrigeinkommensquote um den Schwellenwert von 60 % des Median-Einkommens (40, 50 and 70% des Median-Einkommens)
12. an einem Zeitpunkt festgeschriebene Niedrigeinkommensquote
13. Niedrigeinkommensquote vor Sozialtransfers
14. Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)
15. andauerndes Niedrigeinkommen (berechnet bei 50 % des Schwellenwertes des Median-Einkommens)
16. Anteil der Langzeitarbeitslosen an Gesamtarbeitslosigkeit
17. Quote der Extrem-Langzeitarbeitslosen (=24 Monate)
18. Personen mit niedrigem Bildungsstand
19. Quelle: Atkinson et al. (2002)

Quelle: Atkinson et al. (2002)

Im folgenden wird eine weitere Ausdehnung der Armutserfassung mithilfe von Deprivationsindikatoren (Layte et al 2002) und einem tentativem kombinierten Indikator für „Kernarmut“ (akute Armut) widergegeben. Demnach wird als „akut arm“ bezeichnet, wer sowohl von Einkommensarmut betroffen ist als auch in zentralen Lebensbereichen von Deprivation betroffen ist (siehe Tabelle 4). Deprivation wird dabei beschrieben als Ausschluß von mindestens zwei von vier zentralen Lebensbereichen, nämlich primäre Bedürfnisse, sekundäre Bedürfnisse (Haushaltsausstattung), Wohnsituation und subjektives Wohlbefinden (detaillierte Definitionen finden sich in Förster et al 2002).

Tabelle 4 Armutsbegriffe: Konzeptualisierung

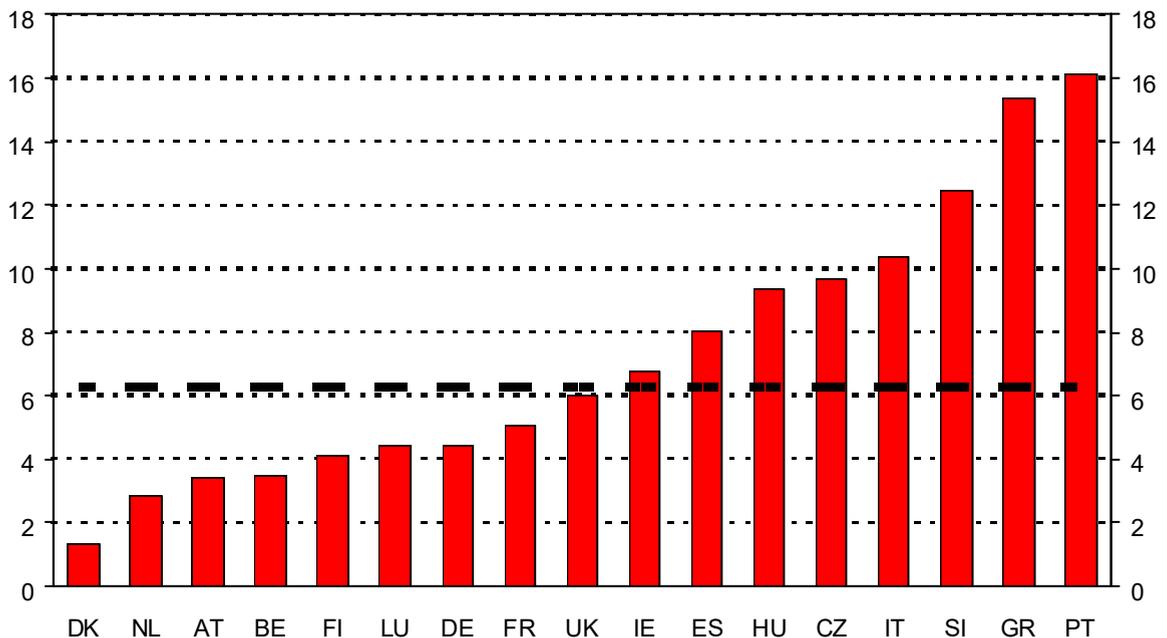
	<i>Statisches Ergebnis</i>	<i>Dynamischer Prozeß</i>
Einkommensbezogen	Armut	Verarmung
	} Akute Armut	
Multidimensional	Deprivation	Soziale Ausschließung

Quelle: basierend auf Berghman (1995)

Eine Anwendung dieses Konzepts auf Mikrodaten von 14 „alten“ und drei „neuen“ EU Ländern zeigt eine weite Bandbreite des Niveaus der akuten Armut der Gesamtbevölkerung im Ländervergleich: von 4 % und weniger in Dänemark, Niederlande, Österreich und Belgien bis zu etwa 16 % in Griechenland und Portugal. Der gesamteuropäische Durchschnitt beträgt etwa 6%. Die drei in die Untersuchung miteinbezogenen Beitrittsländer haben dabei

überdurchschnittliche Raten der akuten Armut (etwa 10 bis 12%), jedoch, wie oben gezeigt, nicht die höchsten. Eine weitere explorative Anwendung dieser Daten und dieses Konzeptes auf Bevölkerungsgruppen lässt den vorläufigen Schluss zu, dass Armutsprofile in EU-Beitrittsländern keinen distinktiven Charakter aufweisen, sondern ebenso zwischen den Ländern divergieren wie im „alten“ Europa.

Abb.4 Akute Armut (« Kernarmut »): Einkommensarmut und Deprivation, EU und ausgewählte Beitrittsländer, 1999



5. Ein Résumé in fünf Stichworten

- i. Es kam im Verlauf der 80er und 90er Jahre nicht zu einer Konvergenz, zu einem international gleich (hohen oder niedrigen) Niveau der Kinderarmut. Disparitäten zwischen OECD Ländern in diesen Niveaus bestehen fort.
- ii. Unterschiedliche Familienstrukturen in OECD Ländern scheinen die verschiedenen Niveaus und Entwicklungen der Kinderarmut nicht ausreichend zu erklären.
- iii. Das Vorhandensein von Erwerbsarbeit in einem Haushalt ist maßgeblich, um Armutsrisiken zu minimieren.
- iv. Die armutsreduzierenden Effekte der Sozial- und Fiskalpolitik sind im Laufe der Jahre im allgemeinen nicht schwächer geworden und weiterhin ein entscheidender Faktor für die Armutsminderung von Kindern und Jugendlichen.
- v. Im Zuge der EU-Erweiterung scheint es nötig, neue Konzepte der Armutserfassung, die über rein monetäre Indikatoren hinausgehen, weiter zu entwickeln.

6. Literatur

- Atkinson, A.B., Cantillon, B., Marlier, E. and Nolan, B. (2002), *Indicators for Social Inclusion in the European Union*. Antwerp, Conference Report, 2002.
- Berghman, J. (1995), „Social exclusion in Europe: policy context and analytical framework“, in: G. Room (ed.), *Beyond the Threshold, The Measurement and Analysis of Social Exclusion*. Bristol, The Policy Press, pp. 10-28.
- Bradbury, B. and Jäntti, M. (2001), „Child poverty across industrialised nations“, Innocenti Occasional Paper, EPS, No. 71, UNICEF, Florence, 1999.
- EUROSTAT (2000), „Income poverty in the European Union: Children, Gender and Poverty Gaps“, *Statistics in Focus Theme 3 – XX/2000*, Lene Mejer and Clemens Siermann, Luxembourg, 2000
- EUROSTAT (2003), „European Social Statistics – Income, Poverty and Social Exclusion: 2nd Report“, Luxembourg 2003
- Förster, M. (2003), „Kinderarmut im OECD Raum: Entwicklungen und Bestimmungsfaktoren“, in: *Kindheit im Wohlfahrtsstaat - Gesellschaftliche und politische Herausforderungen*, (eds. Renate Kränzl-Nagl, Johanna Mierendorff, Thomas Olk), Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung Band 11, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2003, pp. 269-298
- Förster, M. and Pellizzari, M. (2000), „Trends and Driving Factors in Income Inequality and Poverty in the OECD Area“. *OECD Labour Market and Social Policy Occasional Paper* No. 42, Paris 2000.
- Förster, M, G. Tarcali and M. Till, „Income and non-income poverty in Europe: What is the minimum acceptable standard in an enlarged European Union?“. Paper presented at the 27th General Conference of the International Association for Research in Income and Wealth, Djurhamn (Stockholm Archipelago), Sweden, 18 – 24 August 2002
- Förster, M. and Pearson, M. (2002), « Distribution des revenus et pauvreté dans la zone de l'OCDE: tendances et déterminants », *Révue économique de l'OCDE*, No.34, pp. 7-41. Paris 2002.
- Layte, R.; Maitre, B.; Nolan, B. and Whelan, Ch. (2000), „Explaining Levels of Deprivation in the European Union“, EPAG working paper 12, ISER, Essex 2000
- OECD (2003), *Society At A Glance – OECD Social Indicators*, Paris 2003.
- Oxley, H., Dang, T-T., Förster, M. and Pellizzari, M. (2001), „Income Inequality and Poverty among Children and Households with Children in Selected OECD Countries: Trends and Determinants“, in: Smeeding and Vleminckx (eds.), pp. 371-405. The Policy Press, Bristol, 2001.
- Smeeding, T. and Vleminckx, K. (eds., 2001), *Child Well-being, Child Poverty and Child Policy in Modern Nations: What Do We Know?* The Policy Press, Bristol, 2001.

Michael F. Förster, Forscher

European Centre for Social Welfare Policy and Research

(Centre Européen de Recherche en Politique Sociale)

Berggasse 17, A 1090 Wien

forster@euro.centre.org

Co-Referat

Die neue Dynamik im Kampf gegen Armut auf europäischer Ebene – Impulse für die Schweiz

Olivier Gerhard

Bewegung ATD Vierte Welt Schweiz

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen». Diese Worte aus der Präambel unserer Bundesverfassung stelle ich auf Wunsch der Gruppe von Kopenhagen – in deren Namen ich hier das Wort ergreife – an den Anfang meines Referats. Die Gruppe von Kopenhagen wurde mit dem Ziel gegründet, die 1995 in Kopenhagen am Weltgipfel für soziale Entwicklung beschlossenen Strategien in der Schweiz umzusetzen. Gegenwärtig besteht die Gruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Departements des Innern, des Sozialdienstes der Stadt Zürich, der Bahá'í-Gemeinde der Schweiz, der Schweizer Sektion von Die Rechte des Kindes International, des Schweizerischen Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds und der Bewegung ATD Vierte Welt.

Am Gipfel von Kopenhagen, an dem die Schweiz aktiv teilnahm, waren zehn Ziele, bzw. Verpflichtungen formuliert worden. Auf vier dieser Ziele möchte ich hier näher eingehen:

- Schaffung eines wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und juristischen Umfelds, das eine soziale Entwicklung ermöglicht,
- Beseitigung der Armut
- Fördern der sozialen Integration auf der Grundlage der Einhaltung aller Menschenrechte
- Sicherstellen der menschlichen Würde und Gleichstellung von Mann und Frau.

Im Hinblick auf die Umsetzung dieser Verpflichtungen wurden mit dem in Kopenhagen verabschiedeten Aktionsprogramm alle Regierungen aufgefordert, eine rationale Strategie und einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erstellen, mit dem Ziel (ich zitiere Punkt 9 der Kopenhagener Erklärung), dass: «alle Männer und Frauen, insbesondere jene, die in Armut leben, Rechte wahrnehmen, Ressourcen nutzen und Verantwortung übernehmen können und so in die Lage versetzt werden, ein

befriedigendes Leben zu führen und zum Wohl ihrer Familie, ihrer Gemeinschaft und der gesamten Menschheit beizutragen».

Mit dem Gipfel von Kopenhagen wurde somit ein ungewöhnlicher Weg eingeschlagen, den uns die in grosser Armut lebenden Personen oder Familien häufig nahe gelegt haben:

- anstelle der Empfehlung punktueller oder lokaler Massnahmen hat sich am Gipfel jedes Land verpflichtet, eine umfassende nationale Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung in die Wege zu leiten,
- anstelle einer Politik zu Gunsten der armen Bevölkerung wurde am Gipfel zu einer Zusammenarbeit mit den Betroffenen aufgerufen. Die Betroffenen können am meisten zum Wohl ihrer Familie, ihrer Gemeinschaft und der gesamten Menschheit beitragen.
- schliesslich wurde am Gipfel mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass Strategien am effizientesten sind, die vor allem die Würde der Schwächsten respektieren.

Wie hat sich diese Dynamik in Europa entwickelt?

Seit 15 Jahren kann ich im Europarat und in der Europäischen Union diese Entwicklung in Europa an der Seite von sehr armen Familien verfolgen.

Dem **Europarat** mit Sitz in Strassburg gehören 45 europäische Länder an. Die Schweiz ist seit 40 Jahren Mitglied. Grundanliegen des Rats sind die Menschenrechte: Seit über 20 Jahren erarbeiten in Armut lebende Menschen, NGO, Beamte und Regierungen gemeinsam Strategien zur Bekämpfung der Armut. Drei Punkte scheinen mir besonders wichtig:

1 Wie Sie sicherlich wissen, sind in grosser Armut lebende Personen und Familien im Alltag mit einer Verkettung von Problemen konfrontiert.

- Wer nicht lesen und schreiben kann, traut sich nicht, seine Meinung zu sagen und sieht sich damit dem Recht auf Meinungsäusserung beraubt.
- Wer keine Wohnung hat, findet kaum Arbeit.
- Ohne Geld, keine medizinische Versorgung; wenn man aber nicht versteht, was der Arzt sagt und kein Vertrauensverhältnis zu ihm entsteht, können Behandlungen auch keinen Erfolg haben

Für den Europarat bedeutet dies, dass die Menschenrechte unteilbar sind, dass ein einzelnes Recht nur gewährleistet ist, wenn sämtliche Rechte respektiert werden. Zudem wurde auch betont, dass alle Rechte gleich gewichtig sind.

Vor zwei Jahren führten Sozialarbeitende und in Armut lebende Personen gemeinsam eine Studie durch. Thema der Arbeit war die Art, wie die Sozialarbeitenden die Probleme der armutsbetroffenen Familien angehen. Eines Tages erzählten die Sozialarbeitenden, dass sie im Studium gelernt hatten, die Bedürfnisse in eine Hierarchie einzuteilen, die als Maslow-Pyramide bezeichnet wird. Am Fusse dieser Pyramide stehen die Bedürfnisse, welche

als prioritär eingestuft werden. Dazu gehören die lebensnotwendigen Grundbedürfnisse wie Essen, Wohnen und Gesundheit. Eine Stufe weiter oben folgen die Sicherheitsbedürfnisse, welche als weniger lebenswichtig gelten, dann die sozialen Bedürfnisse. Noch höher auf der Pyramide stehen die kulturellen Bedürfnisse und ganz zuoberst die spirituellen Bedürfnisse, welche als am wenigsten wichtig angesehen werden. Armutsbetroffene Personen wehrten sich gegen diese Sicht der Dinge. Ihres Erachtens bedeutet kein Zugang zur Kultur auch keine Bildung, und «ohne Bildung hat man im Leben immer das Nachsehen». Sie wollten zuerst die Pyramide umkehren und den kulturellen und spirituellen Bedürfnissen mehr Gewicht verleihen, die ihnen häufig verwehrt sind. Schliesslich ordneten sie alle Bedürfnisse in einem Kreis an, wodurch alle das gleiche Gewicht erhielten. Für die Armutsbetroffenen selbst ist das Recht auf Spiritualität, auf einen Sinn im Leben, genauso wichtig wie das Recht auf eine Wohnung.

2 Den zweiten Punkt, den ich aus dem Europarat aufgreifen möchte, ist der Artikel zum «Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung», der 1996 in der Revidierten Sozialcharta eingeführt wurde. Die Schweiz hat diese Sozialcharta zwar nicht ratifiziert, aber nicht wegen dieses Artikels. Es handelt sich dabei um das erste und bis heute einzige internationale Instrument, in dem dieses Recht verankert ist.

Dieser Artikel lautet wie folgt:

«Um die wirksame Ausübung des Rechts auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien:

- a. im Rahmen eines umfassenden und koordinierten Ansatzes Massnahmen zu ergreifen, um für Personen, die in sozialer Ausgrenzung oder Armut leben oder Gefahr laufen, in eine solche Lage zu geraten, sowie für deren Familien den tatsächlichen Zugang insbesondere zur Beschäftigung, zu Wohnraum, zur Ausbildung, zum Unterricht, zur Kultur, zur medizinischen Versorgung und zur Fürsorge zu fördern;
- b. diese Massnahmen, falls erforderlich, im Hinblick auf ihre Anpassung zu überprüfen.»

Darin enthalten ist der Gedanke einer kohärenten Politik, die sich auf sämtliche Lebensbereiche einer Person oder Familie erstreckt. Zudem wurde bereits vor der Einführung im Kommentar zu diesem Artikel hervorgehoben, dass die Evaluation der Massnahmen gemeinsam mit den Betroffenen erfolgen muss.

3 Ein dritter Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte, ist die Debatte im Europarat über den «Zugang zu sozialen Rechten». Wir alle wissen, dass es nicht genügt, ein soziales Recht gesetzlich zu verankern, damit dieses auch tatsächlich von allen in Anspruch genommen werden kann. Der Europarat hat deshalb Richtlinien zum Zugang zur sozialen Sicherheit verfasst, in denen die Begünstigten in erster Linie als Anspruchsberechtigte und nicht als Kunden der Sozialdienste gesehen werden. Die Vertreter der Schweiz waren beim Verfassen dieser Richtlinien besonders aktiv.

Ich möchte nun auf die Situation in den 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den zehn Kandidatenländern näher eingehen.

Zwei Länder spielten eine führende Rolle. 1996 lancierte Irland nach dem Gipfel von Kopenhagen eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Armut, welche einen grossen Einfluss auf die gesamte EU hatte, weil sie Behörden, Sozialpartner und Organisationen zu mobilisieren vermochte.

2000 hatte Portugal den Mut, den 15 Mitgliedsstaaten eine Strategie zur Beseitigung der Armut in Europa vorzuschlagen. Diese Strategie wurde anlässlich des Gipfels der Regierungschefs in Lissabon im März 2000 verabschiedet und umfasst zwei Elemente: Eine Methode zur Mobilisierung aller Akteure und eine Beschreibung der politischen Strategien, die es umzusetzen gilt.

Die Mobilisierung sieht wie folgt aus: Jeder Staat entwirft einen *Nationalen Aktionsplan zur Sozialen Integration*, in Zusammenarbeit mit den lokalen, regionalen und nationalen Behörden und unter Einbezug von Sozialpartnern und Organisationen. Einen ersten nationalen Plan legten die 15 Mitgliedsstaaten im Sommer 2001 vor, der zweite wird diesen Sommer erwartet. Auf europäischer Ebene unterstützt ein Aktionsprogramm die Umsetzung dieser Pläne. Die Europäische Kommission verfasst einen Bericht über alle nationalen Pläne mit dem Ziel einer intensiveren Massnahmeninteraktion zwischen den einzelnen Ländern. Die besten Beispiele für kohärente politische Strategien und besonders erfolgreiche Aktionen sollen darin aufgeführt werden. Eine Evaluation der Ergebnisse erfolgt insbesondere auf der Grundlage von Indikatoren. Im Rahmen eines jährlich im Frühjahr stattfindenden Gipfels ziehen die Staats- und Regierungschefs jeweils Bilanz. An einem europäischen Runden Tisch treffen sich sämtliche Akteure jeweils am 17. Oktober, am Internationalen Tag zur Armutsbekämpfung.

Diese Methode ist sehr wichtig, da damit eine Dynamik in Gang gehalten wird. Eine Dynamik ist allerdings nur sinnvoll, wenn sie den richtigen Zielen dient.

Die umzusetzenden politischen Strategien wurden in einem Dokument festgeschrieben, das wir als äusserst wichtig betrachten, in den «Zielen für die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung». Das Dokument wurde anlässlich des EU-Gipfeltreffens in Nizza im Dezember 2000 verabschiedet. Dieses Dokument scheint uns so wichtig, weil die darin erwähnten Ziele auf Vorschlägen der Organisationen und der armutsbetroffenen Bevölkerungsgruppen aus der Schweiz und anderen europäischen Ländern beruhen. Alle hatten das gleiche Ziel vor Augen: die politischen Strategien der europäischen Länder zur Bekämpfung der Armut beeinflussen.

Worum geht es bei diesen *Zielen*?

«**Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen**», dies das erste Ziel. Darunter fällt eine Reihe kohärenter Massnahmen, die garantieren sollen, dass auch besonders gefährdete Personen Arbeit und genügend Mittel für ein menschenwürdiges Dasein haben sowie eine ordentliche, die Gesundheit nicht beeinträchtigende Wohnung, Zugang zu medizinischer Versorgung, Ausbildung, Justiz, Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen.

Das zweite Ziel ist die «**Vermeidung der Risiken der Ausgrenzung**». Dazu gehört der Zugang aller zu den neuen Informationstechnologien und die Vermeidung gravierender Änderungen der persönlichen Lebensbedingungen: zum Beispiel ein Landesverweis oder ein Ausschluss aus der Schule. Gleichzeitig soll die Solidarität innerhalb der Familie erhalten bleiben.

«**Für die sozial Schwachen handeln**». Dies das dritte Ziel. Es verdeutlicht, dass nicht nur die Lage jener verbessert werden muss, die mit den öffentlichen und privaten Hilfsangeboten relativ gut erfasst werden, sondern dass man auch, wie es unsere Verfassung so schön sagt, bis zu den «Schwachen» vordringen muss. Dieses Ziel trägt der dauerhaften Armut Rechnung.

Das vierte Ziel lautet: «**Alle Akteure mobilisieren**». Der erste Punkt betrifft dabei die «Beteiligung und Mitsprache der ausgegrenzten Personen». Die Betroffenen werden als wichtigste Partner betrachtet. Die Verwaltungs- und Sozialdienste werden aufgefordert, sich den Bedürfnissen der ausgegrenzten Menschen anzupassen. Zentrales Anliegen ist die Schaffung einer Partnerschaft zwischen allen Akteuren: benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Behörden aller Stufen, Unternehmen, Sozialpartner, Organisationen. Alle Bürger werden angehalten, etwas zur Bekämpfung der Armut zu unternehmen.

Konsequent durch alle Massnahmen ziehen sich zwei Grundanliegen: Alle Aktionen müssen die Würde der Person respektieren und die Gleichberechtigung von Mann und Frau ermöglichen.

Welche Lehren kann die Schweiz daraus ziehen?

Bevor ich auf zwei konkrete Vorschläge zu sprechen komme, möchte ich drei persönliche Bemerkungen anbringen:

- Eine nachhaltige Dynamik kann nur entstehen, wenn die Verantwortung auf höchster Staatsebene wahrgenommen wird. Diese erste Nationale Armutskonferenz ist ein wichtiger Schritt, den ich besonders begrüsse. Ohne die Verabschiedung einer ver-

bindlichen Strategie durch die Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon (mit Etappen, Treffen, Fristen) wären den Worten jedoch kaum Taten gefolgt. Die ärmsten Bevölkerungsgruppen hätten die Hoffnung verlieren können.

- Mit der Methode der Nationalen Pläne lassen sich die verschiedenen Entscheidungsebenen sehr gut einbinden. Die Mitglieder der Europäischen Union konnten die regionalen Behörden (bei uns wären dies die Kantone) nach dem jeweiligen föderalistischen Umfeld eines Staates gewichten. Mit vereinten Kräften den Ärmsten Zugang zu ihren Rechten zu verschaffen, ist auf jeden Fall ein verbündender Akt. Zudem stützen sich diese Pläne auf bereits bestehende Bestrebungen, in der Schweiz zum Beispiel auf die vor Jahren eingeführten Massnahmen der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe).
- Im jetzigen Zeitpunkt besteht eine der grössten Schwierigkeiten darin, alle Partner zur Ausarbeitung der nationalen Pläne zusammenzubringen, einschliesslich der Betroffenen. Diese Pläne mussten innerhalb sehr kurzer Zeit, zwischen Dezember 2000 und Sommer 2001, erstellt werden. Dadurch kam keine ausreichende Abstimmung zwischen allen Beteiligten zustande. Bei der Umsetzung der Pläne war das Kooperationsmanko für die Mobilisierung aller Betroffenen häufig ein Hindernis.

Auf Grund dieser Beobachtungen möchte ich zwei Vorschläge machen:

1. Dem Bundesrat obliegt die Aufgabe, eine nationale Strategie und einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu erarbeiten. Dabei soll er sich an den am Gipfel von Nizza gutgeheissenen Zielen und den Arbeiten des Europarates orientieren.
2. Die Bundesbehörden sollten ein Nationales Komitee zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ins Leben rufen, mit Vertretern der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung sowie mit Vertretern von Behörden, Parlament, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Lehrkräften, Sozialarbeitenden, Universitäten, Kirchen und anderen Organisationen. Das vom Bundesrat bestimmte Komitee hätte die Aufgabe, einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vorzubereiten und die Umsetzung zu unterstützen

«Wir wollen, dass unsere Kinder nicht dasselbe Leben haben wie wir» hört man häufig von Personen, die in grosser Armut leben. Werden wir diesem Aufruf mit vereinten Kräften Gehör verschaffen?

Gerhard Olivier
Bewegung ATD Vierte Welt Schweiz
Schwarzackerstrasse 15
8304 Wallisellen
olivier.gerhard@freesurf.ch

ZIELE BEI DER BEKÄMPFUNG DER ARMUT UND DER SOZIALEN AUSGRENZUNG die vom Europäischen Rat in Nizza im Dezember 2000 angenommen wurden

*** KURZFASSUNG ***

- 1. Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen**
 - 1.1. Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben**
 - Erarbeitung von begleitenden Programmen für die Angehörigen der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen
 - Nutzung der Eingliederungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im sozialen Sektor
 - 1.2. Förderung des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen**
 - gewährleisten, dass jedem die für ein menschenwürdiges Dasein notwendigen Mittel zur Verfügung stehen
 - jedem Zugang zu einer ordentlichen, die Gesundheit nicht beeinträchtigenden Wohnung und zu Grundversorgung (Strom, Wasser, Heizung ...) gewähren
 - jedem Zugang zu der notwendigen medizinischen Versorgung gewähren
 - tatsächlichen Zugang zu Ausbildung, Justiz und anderen öffentlichen und privaten Diensten wie Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen ermöglichen.
- 2. Den Risiken der Ausgrenzung vorbeugen**
 - Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien
 - gravierende Änderungen der Lebensbedingungen, die zu Ausgrenzung führen vermeiden, insbesondere bei Überschuldung, Verweis aus der Schule oder Verlust der Wohnung
 - der Solidarität in der Familie in allen ihren Formen erhalten
- 3. Für die sozial Schwachen handeln**
 - den Kampf gegen dauerhafte Armut fördern
 - Maßnahmen zur Vermeidung sozialer Ausgrenzung von Kindern
 - Erarbeitung umfassender Maßnahmen für Gebiete, die mit den Problemen der Ausgrenzung konfrontiert sind.
 -
- 4. Alle Akteure mobilisieren**
 - Förderung von Beteiligung und Mitsprache der ausgegrenzten Personen
 - Einbeziehung der Bekämpfung der Ausgrenzung in alle politischen Maßnahmen, insbesondere durch gemeinsame Mobilisierung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten
 - Förderung des Dialogs und der Partnerschaft zwischen allen beteiligten öffentlichen und privaten Stellen, insbesondere Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen und Sozialdienste
 - Förderung der Verantwortung und des Handelns aller Bürger bei der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung
 - größere soziale Verantwortung der Unternehmen.

Kinderarmut als Einstieg in eine Exklusionskarriere

Zur lebensgeschichtlichen Bedeutung von Kinderarmut

Gerhard Beisenherz

Deutsches Jugendinstitut München

Die Situation der armen Kinder weltweit

Kinderarmut ist ein seit gut ein bis zwei Jahrzehnten auch in den westlichen Wohlfahrtsstaaten zunehmend und mit Besorgnis registriertes Phänomen. Zum einen zeigt es die Anfälligkeit selbst der Wohlfahrtsstaaten für die Entstehung von Armutslagen an, zum anderen verweist es auf eine – möglicherweise nur transitorische – Verlagerung der Armut im Aufbau der generationalen Ordnung. Dennoch läßt sich nicht übersehen, dass die Kinderarmut nicht nur die Kehrseite der deutlichen Verringerung der Altersarmut in Wohlfahrtsstaaten ist, sondern ihre Ausbreitung im Gefolge der Globalisierung **weltweit** ein bedrückendes Ausmaß angenommen hat. Geht man davon aus, dass soziologische Analysen solcher globalen Prozesse heute nur noch im Rahmen einer Theorie der Weltgesellschaft (STICHWEH 2000) eingeordnet und begriffen werden können, so empfiehlt sich zum Einstieg in die Thematik ein kurzer Blick über den nationalen oder auch europäischen Tellerand hinaus.

Die weltweite Situation hinsichtlich der Kinderarmut wird etwa in dem Bericht „Harnessing Globalisation For Children: A report to UNICEF“ (ed. CORNIA 2001) zu Beginn des 21. Jahrhunderts wie folgt skizziert:

- Anstieg der Kinderarmut weltweit seit den siebziger Jahren (9 von 17 OECD Staaten).
- Deutlicher Anstieg in den anglo-amerikanischen Ländern.
- Sinken in den skandinavischen Ländern, moderater Anstieg in Mitteleuropa.
- In den 90er Jahren massiver Anstieg der Kinderarmut in den ost- und mitteleuropäischen Transition-Ländern (Ehemaliger Ostblock).
- Starker Anstieg der Kinderarmut in Lateinamerika trotz sinkender Kinderzahlen wegen zunehmender Zahl von „*working poor*“.

- Afrika: Anstieg durch steigende AIDS-Kranke und -Tote, Kriegs- und Aids-Waisenkinder.
- In China und Indien zunächst deutliche Reduzierung der Armutsquote. In den 90er Jahren in China dann wieder zunehmende Armut auf dem Land, da die wirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich die Städte erfasst.
- Indien erlebt nach deutlichem Fall der Kinderarmut in den 80er Jahren Stagnation in den 90er. Dies liegt ebenfalls an der Konzentration des Wachstums in den Städten und das Zurückfallen des Landes. (Auf einen Informatiker in den indischen IT-Zentren kommen ca. 1000 Arme auf dem Land).

Ursachen für die Kinder-Armutsentwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten (global) (nach CORNIA 2001) (ökonomische Faktoren)

Als Faktoren, die weltweit wesentlich für die oben grob umrissene Entwicklung verantwortlich sind, nennt der Bericht für die UNICEF die folgenden ökonomischen Faktoren:

- Erhöhte Volatilität im Wachstum durch Finanz- und Währungskrisen mit hoher Instabilität von Familieneinkommen.
- Steigende Ungleichheit bzw. Polarisierung der Haushaltseinkommen in den meisten OECD Ländern (gemessen mit Gini-Koeffizient und Quintils-Vergleich).
- Teilweise Reduzierung der öffentlichen Aufwendungen für Gesundheit, Erziehung und (Kindes)wohlfahrt (Krise des Wohlfahrtsstaates).
- Sinkendes Bruttosozialprodukt per Kopf Wachstumsrate weltweit (von 2.6 auf 0.8 zwischen 1970 und 1990).

Hinzu treten weitere Ursachen für die globale Kinder-Armutsentwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten (nach CORNIA 2001), die nicht primär ökonomisch sondern (auch) politisch strukturell verankert sind, wenn sie auch mit den weltweiten Liberalisierungsprogrammen zusammen hängen:

- Weltweit Eskalation lokaler Konflikte und Zerstörung ziviler Infrastruktur.
- Privatisierung von staatlichen Versorgungsleistungen. Hier wäre insbesondere an die Wasser und Stromversorgung, aber nicht zuletzt auch an die der Telekommunikation, zu denken. So zeigt der Bericht von UGAZ (CORNIA 2001, Kap.11), dass die Tarifpolitik der großen Telekommunikationskonzerne in Lateinamerika die Zugangsbarrieren gerade für die ärmere Bevölkerung erhöht, weil Grundgebühren steigen und Nutzungsgebühren sinken.
- Die Veränderungen in Größe, Stabilität und Struktur der Familien. Kleinfamilien geringer Stabilität mit wachsender ökonomischer Verantwortung besonders von allein erziehenden Müttern nehmen zu.

- Reduzierung von Zeiten, die für Kinderbetreuung und -erziehung aufgewendet werden. Auch dies ist häufig eine Folge der Ausweitung ökonomischer Verantwortlichkeit der Mütter.

Die neue Kindheit: Inklusion der Kinder in demokratischen Wohlfahrtsstaaten

Vor diesem Hintergrund ist es nicht selbstverständlich, dass die – auch in ihren Auswirkungen in der Regel weniger krasse – Kinderarmut in den demokratischen Wohlfahrtsstaaten in deren Öffentlichkeit häufig mehr Beachtung findet als die weltweite Kinderarmut. Dies dürfte wesentlich darin begründet liegen, dass der Kontrast zwischen den Lebensbedingungen der armen Kinder auf der einen und ihrer unterstellten Normalität auf der anderen Seite hier besonders deutlich wird. Nicht nur die Armut der betroffenen Kinder steht unmittelbar vor Augen, sondern auch der Kontrast zu der Lebensweise von Kindern außerhalb der Armut. Und natürlich wirkt die Verantwortungszuschreibung hier unmittelbar, während sie für die globale Kinderarmut höchst vermittelt erscheint.

Folgende Veränderungen der Sichtweise von Kindern sind als Hintergrundfolie für die Skandalisierung der Kinderarmut in der „ersten Welt“ bedeutsam und erklären diese:

- Anerkennung der Kinder als gesellschaftlich gleichberechtigt (UN-Kinderrechtskonvention/ Anerkennung von Pflichten gegenüber Kindern für die Staaten).
- Zunehmende Eingrenzung der elterlichen Rechte gegenüber Kindern und Statuierung von Pflichten (z.B. Gewaltverbot in der Erziehung; Subjektstatus des Kindes).
- Teilnahme der Kinder an der Öffentlichkeit ohne Ausgrenzung nach Themen oder Veranstaltungen (so schon für die USA Postman 1981) bei nur teilweiser Verschärfung von Schutzbestimmungen gegen dadurch erweiterte Risiken.
- Kommerzialisierung der Kindheit durch Einbeziehung in die Konsumsphäre. (Feil 2003)
- Veränderte Realität von Kinderarbeit und veränderte Einstellung zum Konflikt zwischen Lernen und Arbeiten. (Hengst 1998).
- Relativierung des institutionellen Lernens von Kindern und Aufwertung des informellen Lernens und der „Selbstbildung“. Diese Entwicklung hat in Deutschland durch die Debatte im Anschluß an PISA deutlich an Schwung gewonnen. (vgl. z.B. Arbeitsstab Forum Bildung der BLK: Kompetenzen als Ziele von Bildung und Qualifikation. Bonn 2001)
- Definition des Schulbesuchs als „school work“ (Qvortrup 1998 und weiter die Sicht der „neuen Kindheitsforschung“ (Beisenherz 2002, S. 271 ff).
- Vorverlagerung von systematischen Lern- und Bildungsprozessen in die frühe Kindheit (z.B. Qualitätsdebatte zu Kinderbetreuung und etwa den Beschluß der Jugendministerkonferenz vom 6./7. Juni 2002: Bildung fängt im frühen Kindesalter an. Jugendministerkonferenz 2002).

Inklusion der Kinder durch wirtschaftliche Aktivität

Für die Beurteilung der Armutfolgen bei Kindern ist vor allem die zunehmende Integration der Kinder in die soziale Realität durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten bedeutsam. Dabei sind verschiedene Ebenen und Felder zu berücksichtigen, z.B.:

- Kinder sind Bestandteil der gesellschaftlichen Arbeitskraft auf vielen Ebenen z.B. in der Landwirtschaft, in familialen Dienstleistungsbetrieben, im Haushalt, bei Dienstleistern mit Botengängen oder Austragefunktion und werden ausgebeutet.
- Kinder sind auch Bestandteil von militärischen und paramilitärischen Apparaten und von kriminellen Organisationen (z.B. nach dem Ostblock-Zusammenbruch als Taschendiebe) In manchen Regionen Afrikas garantiert anscheinend nur noch der Status als Kindersoldat zumindest eine ökonomische Überlebenschance.
- Kinder in westlichen Wohlfahrtsstaaten beteiligen sich in wachsendem Ausmaß an Kaufentscheidungen der Familien und steuern so einen großen Ausgabenanteil derselben. (Feil 2003).
- Kinder haben dort selbst eine große Bandbreite an ökonomischen Tauschaktivitäten entwickelt. (Zelizer 2002)

Ökonomische Austauschaktivitäten von Kindern

Die im modernen Kinderalltag praktisch besonders bedeutsamen Austauschaktivitäten stellen einen wichtigen Anlaß zur Herstellung, Aufrechterhaltung oder auch Abbruch von Kommunikation insbesondere der Kinder untereinander dar. Sie sind daher besonders wichtig, wenn es darum geht, ob und wie ggf. Exklusion im Kinderalltag für arme Kinder praktisch in Szene gesetzt wird. Zelizer (2002) gibt einen knappen, informativen Überblick über dies noch wenig erforschte „terra inkognita“ des Kinderalltags. Sie stellt dabei fest:

- Kinder entwickeln eine Tauschökonomie, ohne dass sich der Sinn des Tausches in der ökonomischen Bedeutung erschöpft.
- Kinder entwickeln eine „Ökonomie der Geschenke“; dann handelt es sich primär um sozialen Austausch, nicht um materiellen Tausch.
- Die „Ökonomie der Geschenke“ richtet sich nicht primär nach den sozialen Positionen der Eltern, konstituiert somit eigensinnige soziale Bewertungen.
- Die „Geschenkökonomie“ dreht sich um soziale Ereignisse wie Geburtstage oder Zeugnisse, findet darüber hinaus aber immer mehr und neue Gelegenheiten, wie die Rückkehr aus einem Urlaub. Die Events für die Geschenkökonomie werden offenbar häufiger.
- Orte des Tausches finden sich für Kinder überall, vor allem aber in der Schule, also an Orten vorgegebener Gleichaltriger.

- Das führt dazu, dass Tauschaktivitäten nicht nur Verbindung zu den Kindern herstellen, mit denen man tauscht, sondern auch Abgrenzung gegen die, mit denen man nicht tauscht (z.B. nach ethnischen Kriterien).

Beim eigentlichen Tausch gibt das Kind weg, was es nicht behalten will, um dafür etwas anderes, Erwünschtes zu erhalten. Bei der Ökonomie der Geschenke dagegen geht es um soziale Anerkennung und zwar nach einem geregelten System. Durch die Größe des Geschenks, die Passung von Geschenk und Beschenktem, die Erinnerungsfunktion des Geschenks wird unterschiedliche soziale Nähe ausgedrückt, auch angestrebte oder erwünschte Nähe. Es werden soziale Positionen ausgedrückt oder die Geschenke haben Funktion im sozialen Positionierungsprozeß. Dabei läßt sich eine Rückbindung an die ökonomische Potenz der Familie zwar nicht vermeiden, die Kinder entwickeln hier aber durchaus abweichende Einschätzungen.

Verhalten von Kindern als Teilnehmer am Konsum

Kinder sind weiter Konsumenten als Mitglied des familialen Haushalts. Immer seltener verläuft dieser Konsum in eingefahrenen Bahnen nach ritualisierten Regeln und ohne Entscheidungen über Alternativen. Gerade im Haushalt ist die Multioptionsgesellschaft schon lange angekommen. Hier ist das Verhalten der Kinder von folgenden Charakteristika bestimmt (nach CHIN 2001):

- Durch Praktikabilität und Großzügigkeit.
- Kinder sind zudem zähe Verhandler in der Familie, besonders in Familien mit geringem Einkommen (Nightingale 1993).
- Kinder als Konsumenten in der Familie sind auch Konsumenten mit eigenem Geld (gespart oder sonstwie verdient). Kinder kaufen dann Dinge, die sie gerne möchten, aber von den Eltern nicht gekauft werden.
- Sie nutzen ihr Geld, um die Rolle des Beschenkten innerhalb der Familie umzukehren und selbst zu schenken.
- Kinder haben z.T. auch die Rolle eines „kleinen Kaisers“ (Sensenbrenner in: Davis 2000) bes. in Milieus, in denen die Einkindfamilie sich ausbreitet. Dadurch erwerben sie erweiterten Einfluß auf den Familienkonsum.

Zelizer formuliert daher resümierend den folgenden Befund: „As with Production and distribution, consumption demonstrates far more than individual acquisition. It reveals children as active, inventive, knowledgeable consumers. More importantly, it shows us dynamic, differentiated, social relations in action“ (Zelizer 2002, S. 412).

Einige Bedingungen der Inklusion von Kindern

Kinder werden heute als vollwertige Gesellschaftsmitglieder – wenn auch mit besonderen Rechten und Pflichten – betrachtet. Die Inklusion realisiert sich insbesondere durch Kommunikation *in Prozessen der Selbstsozialisation und Selbstbildung* und durch *aktive soziale Vernetzung* sowie durch Karrieren in institutionellen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Diese Inklusion als Kind ist Voraussetzung für die spätere Inklusion als Jugendlicher oder als Erwachsener; denn hier werden jeweils die notwendigen Kompetenzen erworben, die auch für die spätere Inklusion, vor allem aber diejenige in die Bildungsangebote, wichtige Voraussetzung sind. Inklusion ist daher mehr als Integration in Prozesse, die gezielt auf den Arbeitsmarkt und entsprechende Qualifikationen abzielen. Sie beruht auf der Entwicklung umfassender Kompetenzen und reproduziert diese zugleich. Kehrseite der Inklusion ist zudem die damit auch vollzogene Zuschreibung der Selbstverantwortlichkeit für die eigene Entwicklung. Darin liegt die Brisanz der ins Kindesalter vorverlegten Inklusion. (ausführlicher Beisenherz 2002, Kap.6.3.2) Gefährdungen der Inklusion werden unter diesem Aspekt zu einem Risiko der selbstverschuldeten späteren Exklusion. Daher gewinnen die Voraussetzungen von Inklusion auch für Kinder an Bedeutung. Nötig dafür sind:

- Fortdauernde Anerkennung durch die anderen Personen im Umfeld.
- Ressourcen für das individuelle Handeln (personenbezogene und materielle).
- Gelegenheitsstrukturen im sozialräumlichen Umfeld (Soziale Infrastruktur, Räume, kulturelle Anregung, soziale Vorbilder etc.).
- Gelegenheitsstrukturen im personalen Umfeld, d.h. vor allem Chancen für befriedigende und anregende Kommunikation.

Armut ist ein Risiko in allen vier Bereichen: *Anerkennung* wird entzogen aufgrund von Stigmatisierung durch Armut. Empirisch ist noch wenig erforscht, inwieweit Kinder auf die Armut anderer Kinder reagieren, wenn diese erkennbar wird. Vorstellbar sind sowohl hilfreiche als auch feindliche Reaktionen. Anhaltspunkte gibt es jedenfalls dafür, dass arme Kinder selbst zum Selbstrückzug neigen. Der Mangel an *Handlungsressourcen* hat sicher erheblichen Einfluß. Ein Kind kann vieles nicht mitmachen, was andere tun, oder es wird wegen schlechter Ausrüstung ausgelacht oder es kann den Eintritt/ die Kosten für eine Veranstaltung nicht zahlen. (Beispiel: Die Handy-Manie schon bei zehnen- oder zwölfjährigen. Wer da nicht dabei ist, fällt auch sonst aus dem Netz.) Die Bedeutung von *Gelegenheitsstrukturen* ist vor allem im Kontext von räumlichen Wohnghettos erforscht und belegt, aber auch hinsichtlich der häuslichen Anregungsfunktion durch Personen und Dinge.

Gefährdung der Inklusion von Kindern

Fragt man nach empirischen Belegen für zunehmende Exklusion armer Kinder aus der Gesellschaft, so ist freilich festzustellen, dass in der Armutsforschung zwar häufig mit dem Begriff der sozialen Exklusion gearbeitet wird, eine klare Abgrenzung zwischen Armut und

Exklusion aber selten zu finden ist und häufig beides gleich gesetzt wird. In Anlehnung an eine breite theoretische Debatte über "social exclusion" wird der Begriff dann eher pragmatisch als Hinweis auf die Multidimensionalität von Lebenslagen in Armut verwendet.

Die empirische Armutforschung, die sich in der Aufbereitung ihrer Resultate zunehmend des Begriffs der „Exklusion“ bzw. der Exklusionsvermeidung bedient, scheint mir daher von jeder der theoretischen Traditionen reklamierbar zu sein, die sich um diesen Begriff bemühen. Darauf kann hier nicht weiter eingegangen werden. Da aber sämtliche Operationalisierungen letztlich auf die Handlungsebene und das Erleben der Individuen abzielen, was gerade bei Untersuchungen zu Kindern deutlich wird, bei denen ja kein eigenes Einkommen als Armutskriterium herangezogen werden kann, bietet sich als theoretischer Bezugspunkt eher eine pragmatische Theorie an, wie sie mit dem capability approach von SEN vorliegt. (SEN 1992)

Zu beachten ist weiter bei allen Arbeiten, die Zusammenhänge zwischen Armut und Einflüssen auf die Kindern nachweisen, dass es sich immer nur um statistische Zusammenhänge handelt. Häufig sind dann nicht die Wirkungen der Armut als solche das Interessante, sondern die Frage, was diese abschwächt oder überhaupt auffängt. So z.B. der Umgang der Eltern mit den Kindern. Selten wird freilich bisher gefragt, von welchen Bedingungen wieder unterschiedliche Umgangsformen der Eltern mit den Kindern abhängen. Solche Fragen sind aber bedeutsam für sozialpolitische und -pädagogische Programme, da dadurch Ansatzpunkte für weiterführende Hilfen gefunden werden können.

Auswirkungen auf die Kinder werden untersucht als Wirkungen in der Gegenwart, auf die Entwicklung und auf den Lebenslauf und die zukünftige Lebenslage von Kindern. Wir wollen hier abschließend noch einen kurzen Blick werfen auf zentrale Resultate der Forschung zur Auswirkung von Armut auf die Gegenwart der Kinder; denn dort entscheidet sich ggf. frühzeitig, dass der Anschluß an den Entwicklungszug moderner Kindheit verpaßt wird.

Folgen für die Gegenwart der Kinder bei anhaltender Armut

- Mängel der materiellen Grundversorgung (Grundversorgung: Geringwertige Nahrung, kein frisches Obst, billige Konserven, fehlendes Frühstück, minderwertige Schulernährung, kein Mittagessen oder bloß Fast.Food; (seltener): vernachlässigte Kleidung, z.B. bei Winterkleidung. Schlechtere Gesundheitsvorsorge und Hygiene, unzureichende Wohnverhältnisse (HOCK u.a. 2000).
- Korrespondierende Verhaltensauffälligkeiten (Verhaltensauffälligkeiten werden konstatiert im Bereich der Konzentration, der Beharrlichkeit, Rückzugstendenzen, psychosomatische Beschwerden, zu hohe Aggressivität bzw. Impulsivität, reduziertes Neugierverhalten).
- Gesundheitsverhalten und gesundheitliche Probleme (vgl. den Beitrag von HACKAUF)

- Probleme mit Sozialkontakten, vor allem mit Gleichaltrigen (Externalisierendes Problemverhalten (DUNCAN 1994) Abweisung durch Gleichaltrige (BOLGER 1995; KLOCKE 1995), weniger Freunde, geringere Initiative beim Schließen von Freundschaften).
- mental health problems, z.B. Normverletzungen, Schuleschwänzen, Rauchen und Drogenkonsum, Kontakte mit Polizei etc. Mental health Probleme wurden bes. in der us-amerikanischen Literatur untersucht; vor allem die Korrelation: Kinderarmut - mental health in der Adoleszenz. Ein weiterer Schwerpunkt ist die „school readiness“, gemessen mit einer Reihe von Tests, die für Schulreife entwickelt wurden. In diesem Kontext werden auch Auffälligkeiten wie Kontakt mit der Polizei beachtet.

Das Konstrukt Exklusionskarriere

Im einzelnen muß heute noch offenbleiben, wieweit und mit welchem Gewicht dieser und anderer Deprivationen jeweils zur Exklusion beitragen. Dazu bedarf es weiterer, theoretisch strukturierter Forschung; sie wäre Voraussetzung dafür, dass diesem Problem sensibel im Bereich der Fürsorgeagenturen begegnet wird. Hier wird vorgeschlagen, das Konzept der Exklusionskarriere der Erforschung von Armut von Kindern zugrunde zu legen, da sich damit über die aktuelle Gefährdung hinaus die Tiefendimension der Bedrohung der sozialen Existenz der jeweiligen Person erschließt.

Das Konstrukt „Exklusionskarriere“ als Bezugspunkt zur Integration der unterschiedlichen Forschungsperspektiven ist charakterisiert dadurch dass:

- Exklusion als Resultat eines lebensgeschichtlichen Prozesses begriffen wird,
- hierbei äußere Umstände und persönliche Reaktionsweisen zusammenspielen (im Begriff der Karriere verbinden sich Gelegenheitsstrukturen mit individuellen Entscheidungen und Handlungen auf der Basis jeweiliger Ressourcen) und
- damit berücksichtigt wird, dass in modernen demokratischen Wohlfahrtsstaaten Bildungsverläufe die zentrale Rolle spielen für die Chancen, den Status des inkludierten Gesellschaftsmitglieds zu erhalten.
- Resultate von Bildungsverläufen entscheiden über Integration in den Arbeitsmarkt, die Chancen auf dem Beziehungsmarkt und die Chancen, in Armutssituationen über die Anschlußfähigkeit an die Hilfsstrukturen weiter inkludiert zu bleiben.
- Wegen der zunehmenden Selektivität von stark altersgradierten Bildungsverläufen lauern Exklusionsgefahren schon im Kindesalter und die ersten Gefährdungen werden immer mehr ins Kleinkindalter vorverlagert.
- Da Lern- und Bildungsprozesse immer ressourcenabhängiger werden und institutionelle Bildungsprozesse verstärkt auf informelle Bildung aufsetzt und zurückgreift, ist Armut das Exklusionsrisiko für Kinder schlechthin.

Literatur

- BEISENHERZ, Gerhard (2002): Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft. Das Kainsmal der Globalisierung. Opladen. Leske + Budrich.
- CHIN, Elisabeth (2001): Purchasing power: Black Kids and American Consumer Culture. Minneapolis. University of Mineapolis Press.
- CORNIA, Giovanni Andrea (2001): Harnessing Globalisation for Children. A report to UNICEF.
- DAVIS, Deborah S. (2000): The Consumer Revolution in Urban China. Berkely: University of Berkely Press.
- DUNCAN ,G.J.et al.(1994): Economic Deprivation and Early Childhood Development. In: Child Development, Vo. 65, S. 296 – 318.
- FEIL, Christine (2003): Kinder, Geld und Konsum. Die Kommerzialisierung der Kindheit. Weinheim/ München.
- HENGST, Heinz (1998): Kinderarbeit revisited. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. 18 Jg., S. 25-37.
- HOCK, Beate/ HOLZ Gerda/ WÜSTENDÖRFER Werner (2000): Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen. Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Frankfurt a.M.
- KLOCKE , A. (1996): Aufwachsen in Armut. Auswirkungen und Bewältigungsformen der Armut im Kindes- und Jugendalter. In: ZSE 16. Jg.,S. 390 – 409.
- NIGHTINGALE, Carl H.(1993): On the Edge. New York. Basic Books.
- POSTMAN, Neil (1981): Das Verschwinden der Kindheit. Frankfurt a.M.
- QVORTRUP, Jens (1998): Kinder in der intergenerationalen Ressourcenverteilung. Gerechtigkeit und Berechtigung. In: Mansel/ Neugebauer 1998, S. 214 – 229.
- SEN, Amartya (1992): Inequality Reexamined. New York.
- STICHWEH, Rudolf (2000):Die Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.
- UGAZ Cecilia (2001): Liberalisation of Utilities and Children´s Right to Basic Services: Some Evidence from Latin America. In: COR>NIA (2ßß1), Kap. 11.
- ZELIZER, Viviana (2002): Kids and Commerce. In: Childhood Vol. 9(4), S. 375 – 396.

Dr. Gerhard Beisenherz
 Wiss.- Mitarbeiter
 Deutsches Jugendinstitut DJI
 Nockherstrasse 2
 D - 81541 München
 beisenherz@dji.de
 www.dji.de

Co-Referat

Armutsbetroffene Kinder und Erwachsene sind Partner bei der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft

Ursula Jomini

Bewegung ATD Vierte Welt Schweiz

Ich bin seit 25 Jahren als ständige Mitarbeiterin bei ATD Vierte Welt engagiert. ATD Vierte Welt ist eine Bewegung, welche Bürgerinnen und Bürger miteinander vereint, angefangen bei den armutsbetroffenen Personen. Gemeinsam wollen sie die Mechanismen der Armut und die Mechanismen der Gesellschaft besser verstehen um umfassende Antworten zu finden.

In meinen Ausführungen – die ich als Ergänzung zur Analyse von Herrn Beisenherz verstehe – ergreife ich das Wort in erster Linie im Namen der sehr armen Personen, die sich täglich dem Elend widersetzen und so für die Menschenrechte, für die Rechte von allen kämpfen. Sie wollen Partner bei der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft sein.

Aber welche Erfahrungen machen denn diese Familien, die uns heute in dieser ersten nationalen Armutskonferenz zusammenbringen?

Erlauben Sie mir, die Gedanken einer Mutter weiter zu geben, deren Leben von grosser Armut geprägt ist, aber auch von ihrem Engagement gegenüber andern, noch ärmeren.

Sie sagt uns:

“Das Schlimmste ist nicht, arm zu sein, kein Geld zu haben, manchmal nur Brot zu essen und Kaffee. Das Schlimmste ist, nicht anerkannt zu sein, keinen Platz in dieser Welt zu haben. Am härtesten ist es, zu sehen, wie das Leben vorbei geht, ohne jemals daran teil zu haben. Bei uns Armen sieht man immer zuerst unsere Probleme. Zu wenig wird von der Kraft gesprochen, die wir täglich aufwenden, um uns der Armut zu widersetzen. Oft meinen die Leute, die Armen hätten keinen Verstand. Sie denken für uns und tun die Dinge an unserer Stelle.

Wann wird man endlich die Dinge mit den Armen machen? Wann wird man uns zuhören und uns etwas zutrauen?”

Dieser Aufruf fordert uns alle heraus:

Was werden wir zusammen unternehmen, damit die Armen tatsächlich als Menschen mit Rechten anerkannt werden?

- damit sich die Realitäten ihres Lebens ändern,
- damit sie die Mittel bekommen, ihre Kinder gross zu ziehen,
- damit sie in einem Lebensraum wohnen können, der es ihnen erlaubt, als Familie unabhängig zu sein,
- damit sie einen Beruf erlernen können, der ihnen einen Wert verleiht.

Was werden wir tun, damit die Armen mit uns am Leben in den Vereinigungen und Institutionen, das heisst, in unserer Gesellschaft, teilhaben können?

Um diesem Aufruf Rechnung zu tragen, scheint es uns wichtig, vor allem in folgende Bereiche zu investieren

- allen den Zugang zu Kultur und Wissen ermöglichen
- mit den Armutsbetroffenen für den Schutz ihrer Familie einstehen
- eine wirkliche Partnerschaft mit den Ärmsten eingehen

Das Recht auf Kultur und Wissen

Das Kind, der Jugendliche, der Erwachsene – eingeschlossen im Elend – sie alle haben das Bedürfnis nach Kultur und Wissen, ebenso stark wie nach Brot, Wohnung und Pflege. Dessen sind wir uns alle bewusst und Herr Beisenherz hat die Notwendigkeit unterstrichen, dass Kinder und Jugendliche, die in Armut leben, Unterstützung und Angebote auf dem Gebiet der Kultur brauchen.

Trotzdem halten wir in unserer Gesellschaft, die eine Antwort auf die Armut sucht, nicht oft jene Bedürfnisse für grundlegend, welche an das materielle Überleben gebunden sind?

Würden wir es sonst akzeptieren, dass Guillaume, 20 Jahre alt, Invalidenrentner ist, weil er, wie sein Vater und drei seiner Geschwister nicht lesen und schreiben kann? Ohne ihm eine Möglichkeit anzubieten, sich zu entwickeln, sich zu bilden?

Gewiss, diese Invalidenrente, die ein wunderbarer Fortschritt unserer Gesellschaft darstellt, sichert ihm ein regelmässiges Einkommen – aber welche Zukunft? Wenn wir uns nicht mit ihm für seine wirkliche Unabhängigkeit engagieren – mittels Wissen und Bildung, die ihn über seine erlebten Misserfolge hinweg bringt – was wird er in 20 Jahren sein?

Wir sind betroffen so viele junge Menschen wie Guillaume zu sehen, gezwungenermassen zur Nutzlosigkeit verurteilt, so viele Kinder, die seit dem Beginn ihrer Schulzeit Misserfolge erleben.

2002 haben Eltern, die wegen der Armut ein sehr schweres Leben tragen, die Erziehungsdirektorin vom Kanton Genf getroffen. Sie haben ihr von ihren Lebensrealitäten berichtet:

“Wir sind besorgt um die Zukunft unserer Kinder. Wir stellen fest, dass sie schon vom ersten Schuljahr an im Rückstand sind. Sie fühlen sich von ihren Kameraden abgelehnt. Sie erleben die gleiche Demütigung, wie wir sie schon erlebt haben. Wir versuchen, sie in ihrer Ausbildung zu unterstützen, aber die Methoden haben geändert und oft können wir selber nicht richtig lesen und schreiben.

Die Wohnungen von einigen unter uns sind zu klein für die ganze Familie. Wir leben in lärmigen, spannungsgeladenen Vierteln. Das sind keine guten Bedingungen, damit ein Kind lernen kann. Unser schwieriges Leben und die vielen Sorgen machen unsere Kinder unsicher. Es sind diese Sorgen, die wir meistens für uns behalten, in der Familie. Wir getrauen uns nicht, darüber zu sprechen. Es bekümmert uns, dass unsere Kinder viel zu oft in Spezialklassen eingeteilt werden, weil sie zu viel im Rückstand sind oder weil sie im Unterricht stören.

Wir möchten aber betonen, dass wir auch Lehrkräfte kennen, welche unsere Schwierigkeiten gut verstehen. Diese Fachkräfte begleiten unsere Kinder, helfen ihnen weiter zu kommen, indem sie die Kinder ermutigen und ihnen zu spüren geben, dass sie etwas wert sind. Mit diesen Lehrkräften fühlen wir Eltern uns wohl, wir werden respektiert und wir getrauen uns, mit ihnen über die Erziehung unserer Kinder nachzudenken.

Wir wissen, dass die Fachkräfte ihr Bestes geben, damit ihre Schüler vorwärts kommen. Aber oft kennen sie die Lebensbedingungen der Familien, die gegen die Armut ankämpfen, nicht genug. Sie wissen nicht, was wir leben. Sie haben in ihrer Ausbildung darüber nichts gelernt. Und was wir selber als Kinder in unserer Schulzeit erlebt haben, hilft uns nicht, der Welt der Schule mit Ruhe zu begegnen.”

Diese Familien, die sich so über die Zukunft ihrer Kinder geäußert haben, beschlossen den Dialog weiter zu führen. Zusammen mit der Bewegung ATD Vierte Welt bieten sie eine Reihe von Weiterbildungstagen an, in welchen armutsbetroffene Eltern mit Lehrkräften Erfahrungen austauschen, ihre Kräfte koordinieren und anhand ihrer Ideen neue Wege öffnen, damit die Schule zu einem Ort des Erfolgs für alle Kinder werden kann.

Wie können wir in unserem Land vermehrt solche Initiativen unterstützen, welche Personen in Armut und Lehrkräfte, sowie Berufsleute aus Erziehung und Bildung zusammen bringen, um allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Zugang zu Wissen, zu Kultur, Bildung und zu einem Beruf zu ermöglichen?

Mit den Armutsbetroffenen für den Schutz ihrer Familien eintreten

Was bedeutet lang anhaltende Armut und ihre Folgen für die Betroffenen heute in unserem Land? Dieser Frage ist eine Arbeitsgruppe von ATD Vierte Welt in den letzten Jahren nachgegangen.

Dabei musste sie feststellen, dass Armut auch heute noch Familien auseinander reisst. Wie in vergangenen Zeiten gibt es heute noch Kinder armer Eltern, die nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Sie leben in Pflegefamilien und Heimen. Diese nicht gewünschte Trennung schmerzt Kinder und Eltern. Manche sagen: *“Es ist wie eine Wunde, die sich nie mehr schliesst.”* – *“Es ist, als gehörte man nicht mehr zu seiner Familie, als sei man nicht mehr der Bruder und der Sohn.”* Ganz im Gegensatz zum angestrebten Resultat, erschwert die Fremdplatzierung oft die harmonische Entwicklung des Kindes und seine soziale Integration. Dies um so mehr, wenn die Heranwachsenden den Einstieg ins Berufsleben verpassen und die Verbindung zu ihrer Herkunftsfamilie vollständig abgerissen ist.

Verschiedene öffentliche und private Institutionen versuchen heute neue Wege zu gehen, um eine Trennung der Kinder zu verhindern und der ganzen Familie sinnvolle Unterstützung anzubieten. Das sind Hoffnungsschimmer.

Im Alltag sind wir aber immer wieder Zeugen von willkürlichen Beschlüssen, welche die Familien treffen. Wir haben in den letzten 18 Monaten miterlebt, wie ein 13-jähriges Mädchen sechs Mal in verschiedene Heime, darunter eine psychiatrische Klinik, umplatziert wurde. Das Mädchen fühlte sich nicht wohl und riss verschiedentlich aus. Seit drei Wochen ist es nun wieder bei seiner Mutter und wartet auf eine neue Entscheidung über seine nächste “Station”. Während dieser ganzen Zeit ging das Mädchen nicht mehr wirklich zur Schule.

Wir können bestätigen, dass mehr als die Hälfte der armutsbetroffenen Eltern die wir kennen, ein oder mehrere Kinder haben, die fremdplatziert wurden und viele dieser Eltern haben als Kind selber eine Fremdplatzierung erlebt. Niemand von ihnen konnte der Misshandlung ihrer Kinder bezichtigt werden. Es waren Folgen der Armut, unter denen die ganze Familie litt und gegen die sie sich auf *ihre* Weise zu wehren suchten.

Diese Eltern werden von der Angst geplagt, dass ihre Probleme die Aufmerksamkeit der Sozialämter oder der Nachbarn auf ihre Kinder ziehen könnten. Diese Angst führt sie in die Isolierung. Statt notwendige Hilfe zu suchen, kapseln sie sich ab und versuchen, sich alleine durchzuschlagen. Ihr von Angst diktiertes Verhalten kann ihre Lage so weit verschlimmern, dass gerade das eintritt, was sie am meisten verhindern wollten: die Fremdplatzierung ihrer Kinder. Wer den Dialog und die Zusammenarbeit mit diesen Familien sucht, darf ihre Angst nicht ausser acht lassen.

Wer den Auftrag übernimmt, derart bedrängte Familien zu unterstützen, hat auch die Aufgabe, ihre Geschichte besser kennen zu lernen und die Art und Weise, wie sie Auswege aus ihrer Not suchen, zu verstehen. Diese Familien wissen, dass sich ihre Probleme mit

einer Fremdplatzierung nicht lösen lassen. Sie appellieren an ihre Mitmenschen und die Behörden, die notwendigen Mittel zum Schutz ihrer Familien zu gewährleisten und, statt sie ihrer Verantwortung zu entheben, ihnen zu helfen, diese ganz wahrzunehmen.

Darum wünschen wir uns, als Antwort auf die Erwartungen der Familien in grosser Armut, eine vom Bundesrat lancierte nationale Studie über die Platzierung von Kindern. Diese Studie sollte Antwort geben auf die drei folgenden Fragen:

- Wie viele Kinder werden in der Schweiz platziert?
- Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den prekären Lebensbedingungen der Familie und der Platzierung der Kinder?
- Was ist aus den Personen, die als Kinder platziert wurden, im Erwachsenenalter geworden?

Die Studie sollte zu einem neuen Verständnis von Kinderplatzierungen führen und bewirken, dass sehr benachteiligte Eltern wirklich in ihrer Verantwortung und in ihren Rechten als Eltern ernst genommen werden.

Werden wir es wagen, uns den Ärmsten zu nähern, langfristig und regelmässig mit ihnen zu arbeiten, um gemeinsam Lösungen zu suchen, wie Armut und sozialer Ausschluss in unserem Land überwunden werden können?

Die Bewegung ATD Vierte Welt ist überzeugt, dass diese nationale Armutskonferenz heute Abend nicht einfach zu Ende gehen kann, sondern Folgen haben muss. Die Schaffung eines nationalen Komitees, das solche neuen Initiativen des Dialogs zwischen Armutsbetroffenen und andern Partnern ins Leben ruft – auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene – hilft eine solidarische Gesellschaft zu gestalten.

Ursula Jomini
Vizepräsidentin
Bewegung ATD Vierte Welt Schweiz
1733 Treyvaux
vierte-welt@bluewin.ch

Soziale Benachteiligung und Gesundheitsförderung – europäischer Stand und Perspektiven

Dr. Horst Hackauf

Deutsches Jugendinstitut München

0. Einleitung

Das Thema Armut und Gesundheit hat erst in jüngster Zeit öffentliche Aufmerksamkeit gefunden und wird, wie verschiedene Aktivitäten, Tagungen und Verlautbarungen zeigen zunehmend in den Medien und in der fachlichen Öffentlichkeit diskutiert. So haben inzwischen in einigen Ländern Kongresse zu Armut und Gesundheit stattgefunden.³ Der Zusammenhang Armut und Gesundheit beschreibt ein Phänomen reicher Industrieländer, das oftmals ausgeklammert wird. Deshalb ist es erforderlich mehr über diesen Zusammenhang zu wissen, v. a. welche Bevölkerungsgruppen von Armut betroffen sind und welche Gesundheitsrisiken durch Armut entstehen sowie welche Gegenstrategien möglich sind, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.

In diesem Beitrag wird zunächst ein Überblick über das Ausmaß der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen in Europa gegeben. Anschließend wird der Frage nachgegangen, welche Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen bestehen. Schließlich wird ein Ausblick auf Handlungsmöglichkeiten bzw. „best practice“ Projekte gegeben, die in verschiedenen europäischen Ländern entwickelt wurden und die dem Abbau der sozialen Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen einschließlich ihrer gesundheitlichen Risiken dienen.

Die europäische Perspektive ist sehr aufschlussreich, um über Forschungsstand und Maßnahmeperspektiven zum Thema Armut und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen zu berichten. Es ergeben sich Anregungen und Vorschläge aus dem Vergleich der verschiedenen Länder der EU, die mit den unterschiedlichen Vorbedingungen der Sozial- und Gesundheitspolitik der europäischen Länder zusammenhängen. Ein weiterer Vorteil ergibt

³ In Deutschland z. B. Geene/Gold/Hans 2002a u. 2002b.

sich aus der europäischen Zusammenarbeit und den Aktivitäten der WHO, die sich auf der Forschungsebene zunehmend mit sozialer Ungleichheit und Gesundheit als auch mit möglichen Gesundheitsförderungsmaßnahmen befasst haben.⁴ Daraus sind z. B. aktuelle Studien entstanden, die EU-weit versucht haben "best practice"- Projekte zu identifizieren.⁵

Im Zusammenhang mit EU-Aktivitäten zum Thema Armut und Gesundheit ist auch der europäische Bericht zu Jugend und Gesundheit zu erwähnen, der für die Europäische Kommission Ende der 90er Jahre verfasst wurde.⁶ Dieser Bericht von Hackauf/Winzen (1999) hat statistisch eine Reihe von wichtigen Risikobereichen identifiziert und dargestellt. Der Bericht hat konstatiert, dass in den meisten EU-Mitgliedsländern die Armut der Eltern bzw. Mütter die gesundheitliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gefährdet. Deshalb spielt in der EU die soziale und gesundheitliche Lage der Bevölkerungsgruppen, die der Gefahr der Exklusion ausgesetzt sind, eine immer größere Rolle.

Als Anknüpfungspunkt für geeignete Gegenstrategien wird die Maßnahmen-Seite einbezogen, die einen europäischen Überblick über einschlägige internationale Projekte zum Abbau der gesundheitlichen Risiken von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen gibt. Auf die Darstellung ethnischer und geschlechtsspezifischer Differenzen muß in diesem Zusammenhang leider verzichtet werden, da valide Daten auf europäischer Ebene noch fehlen.

1. Wieviele Kinder und Jugendliche sind in der EU von „Armut“ betroffen?

Eine aktuelle statistische Auswertung des Europäischen Statistischen Amtes (Eurostat) führt an, dass in der derzeitigen EU jedes 5. Kind in einem Haushalt unterhalb der relativen Einkommensarmutsgrenze lebt.⁷ Im folgenden wird die Armutsmessung von Eurostat übernommen, wonach beispielsweise all diejenigen als arm angesehen werden, deren Einkommen unter 60% des medianen Äquivalenzeinkommens liegt.

Nach Eurostat wachsen etwa 17 Mio. Kinder unter 18 Jahren in Armutsverhältnissen der EU-Länder auf. Sie leben in etwa 7,9 Mio. Familienhaushalten⁸. Die EU umfasst 370 Mio. Menschen in ca. 153 Mio. Haushalten, wobei in jedem Haushalt durchschnittlich 2,4 Personen leben. Die Größe der Haushalte hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen.

⁴ Whitehead 1991.

⁵ Mackenbach/Bakker, 2002.

⁶ Dieser liegt seit 1999 in englischer Sprache als offizielles Dokument der Europäischen Kommission vor (Hackauf/Winzen 1999); in deutscher Sprache wird er in Kürze bei Leske & Budrich unter dem Titel: „Soziale Lage und Gesundheit von Jugendlichen in Europa“ (Hackauf/Winzen 2003) erscheinen.

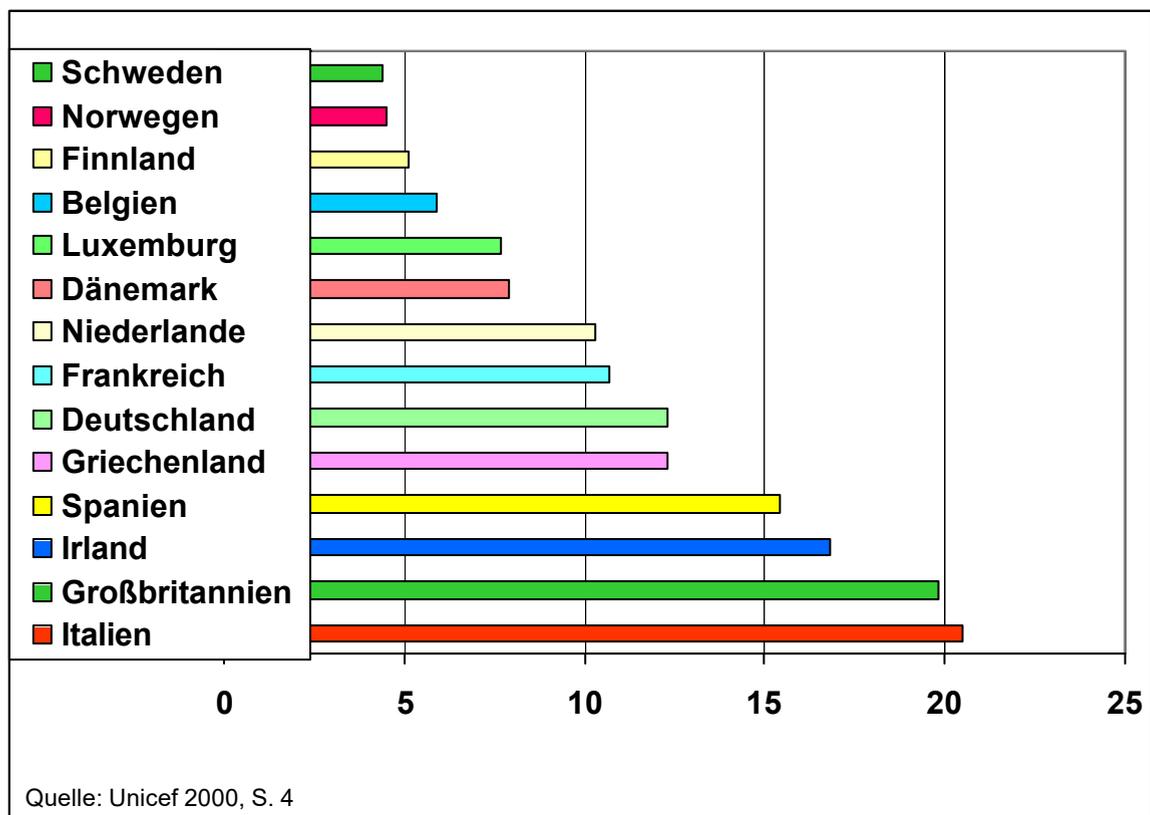
⁷ Die Einkommensarmut liegt unter 60% des medianen Äquivalenzeinkommens pro Person in jedem Mitgliedsstaat, vgl. Eurostat: Statistik kurzgefaßt, Thema 3, 12, 2000.

⁸ Die Datenbasis bildet der European Household Panel von 1996; dieser umfasst 60.500 Haushalte in der EU, denen 170.000 Personen angehören, a. a. O.

Unter „Kinderarmut“ wird in der Forschung zumeist die Elternarmut verstanden, die hervorgerufen wird durch chronische Arbeitslosigkeit, einen wachsenden Anteil alleinerziehender Mütter, transnationale Migration und Wohnungsnot. Viele von Armut betroffene Personen sind langfristig arbeitslos und von staatlicher Unterstützung abhängig. Eine Aufschlüsselung der durch Armut betroffenen EU-Bevölkerung wurde von Eurostat nach Familienformen vorgenommen. Dabei ergaben sich folgende Ergebnisse:

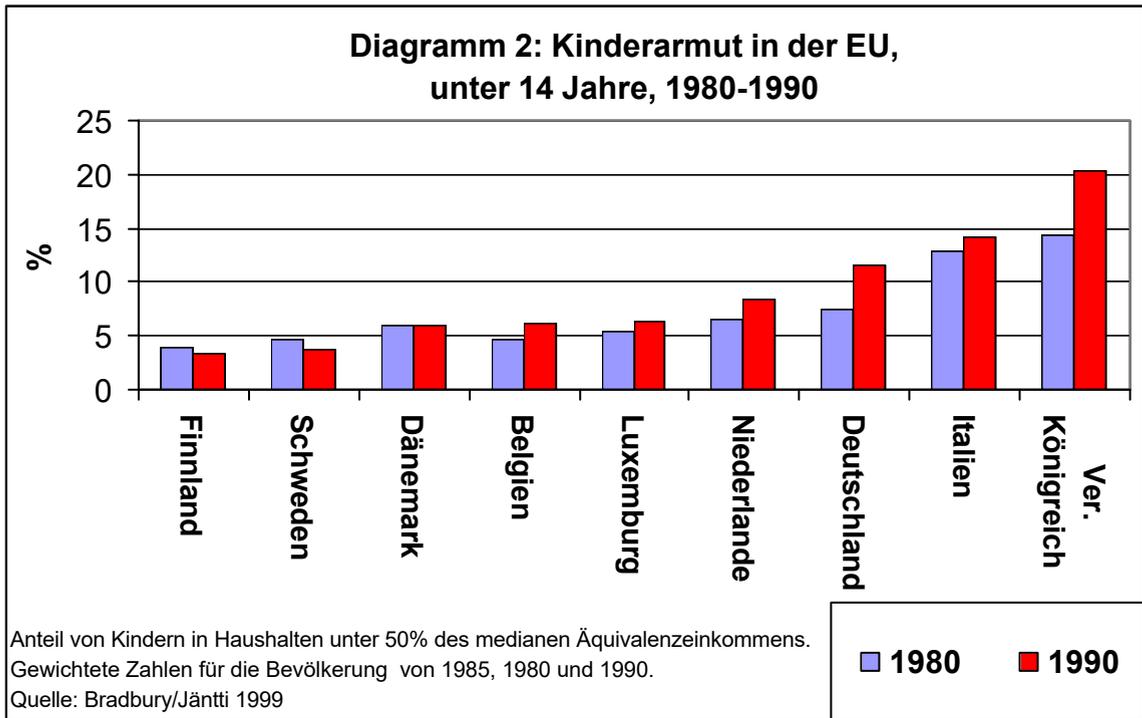
- Wenn in der Familie ein Elternteil arbeitslos ist, beträgt die Armutsquote der Kinder über 60%.
- Wenn die Mutter alleinerziehend ist, beträgt die Armutsquote der Kinder rund 46%.
- Wenn eine Familie mehr als drei Kinder hat, liegt die Armutsquote oberhalb des allgemeinen EU-Durchschnitts für Armut (12%).

Diagramm 1: Anteile der Kinderarmut nach EU-Mitgliedsländern, in %



Die Veröffentlichungen von Eurostat verdeutlichen, dass sich diese Trends in vielen EU-Mitgliedsländern vollziehen. Dennoch ist die Verteilung der Kinderarmut in den EU-Mitgliedsländern sehr unterschiedlich (Siehe Diagramm 1). Sehr geringe Armutsraten werden in den skandinavischen Ländern erreicht. In den südeuropäischen Ländern und dem Vereinigten Königreich liegen hingegen die höchsten Armutsraten vor.

Eine statistisch schwierige Aufgabe ist es jedoch, festzustellen, ob die Armut bei Kindern und Jugendlichen in den EU-Mitgliedsländern zugenommen hat. Aufwendige Auswertungen belegen in den 1980er und 1990er Jahren eindeutig einen Anstieg der Kinderarmut in vielen EU-Mitgliedsländern (Siehe Diagramm 2).



Das bedeutet, dass sich das Phänomen nicht auf einige wenige Länder konzentriert, sondern in der gesamten EU verbreitet ist. In Bezug darauf spielt die Zunahme von alleinerziehenden Müttern und die schlechte Arbeitsmarktsituation eine wichtige Rolle, wobei sich die Folgen von Arbeitslosigkeit eher verschärfen, denn in den EU-Mitgliedsländern ist fast jeder zweite Erwerbslose langzeitarbeitslos. Dafür wird weniger die geringe Qualifikation als das hohe Alter der Arbeitslosen und gesundheitliche Einschränkungen verantwortlich zu machen sein.

Verschiedene Quellen verweisen auf gravierend schlechtere Gesundheitszustände, selbstschädigende Verhaltensformen und mangelnde Gesundheitsfürsorge bei Arbeitslosen im Vergleich zu Beschäftigten.⁹ In der Untersuchung der Armutslage von Kindern und Jugendlichen sind allerdings die nachfolgenden Aspekte zu berücksichtigen, die mit der Lebensentwicklung zusammenhängen und bisher ausgeklammert blieben. Bei der Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen bestehen erhebliche Unterschiede in ihrer Lebenssituation. In der Kindheitsphase spielt die Abhängigkeit von elterlicher, insbesondere mütterlicher Fürsorge eine größere Rolle als in der jugendlichen Lebensphase. Die Entwicklung in

⁹ Kuhnert/Kastner 2002, S. 336.

der Adoleszenz bringt aufgrund der wachsenden Selbstständigkeit mehr Möglichkeiten zur Lebensbewältigung mit sich, um konkrete Armutsfolgen zu kompensieren.

Ein weiterer Aspekt, der in der Armutsdiskussion vernachlässigt wird, ist die unterschiedliche Dauer der Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen. In manchen Fällen sind es mehrere Phasen, die ihre gesundheitliche Entwicklung je nach psycho-sozialem Status akut bis chronisch negativ beeinflussen und langfristige Folgen für spätere Lebensphasen haben. Eine Alternative stellen in dieser Hinsicht Längsschnittuntersuchungen dar, die über längere Zeitphasen erhoben werden und den Einfluss von Zeiten der Unterversorgung oder des Sozialhilfebezugs auf spätere Lebensereignisse nachweisen können.

2. Wie führt soziale Benachteiligung zu schlechten gesundheitlichen Entwicklungschancen?

Sachverhalte zur sozialen Benachteiligung können auf unterschiedliche Weise untersucht werden.¹⁰ Eine Möglichkeit, die in der sozialepidemiologischen Forschung häufig angewendet wird, ist es, den Einfluss etwa der sozialen Schicht, Einkommen, Bildung und beruflichen Status auf den Gesundheitszustand zu beziehen.

Entsprechende sozialepidemiologische Studien untersuchen die "soziale Ungleichheit" und den Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand. So wird z. B. beim Risiko frühzeitiger zu sterben nachgewiesen, dass die Sterblichkeit in den unteren Bildungsgruppen (unter 9 Jahre Bildungsbeteiligung) um etwa 50% höher ausfällt als in der oberen (über 15 Jahre Bildungsbeteiligung).¹¹ Kinder und Jugendliche befinden sich noch in Schule und Ausbildung, weshalb es schwieriger ist, den Einfluss der sozialen Ungleichheit auf ihre Gesundheit zu belegen. Der soziale Status von Kindern und Jugendlichen wird deshalb in Untersuchungen über den sozialen Status bzw. die Ressourcen der Eltern abgeleitet und dann auf den Gesundheitsstatus ihrer Nachkommen bezogen.¹²

Ähnlich geht z. B. die HBSC-Studie (Health Behaviour in School Aged Children) der WHO vor, die feststellt, dass ein negativer Zusammenhang zwischen Armut und psychosozialer Morbidität bei Kindern besteht. Die HBSC Studie hat 11, 13 und 15 Jahre alte Schulkinder nach ihren gesundheitlichen Befindlichkeiten gefragt und den sozialen Schicht-Index der Eltern einbezogen.

¹⁰ Schlack 1998, S. 57. Hackauf 2002, S. 25ff.

¹¹ Mielck 2000, S. 71.

¹² A. a. O., S. 108.

Die Ergebnisse der HBSC-Studie zeigen, dass die untersuchten Kinder aus armen Familien einen schlechteren subjektiven Gesundheitszustand aufweisen. Außerdem äußern sie mehr Ängstlichkeit, Erschöpfung, Kopfschmerzen und

Diagramm 3: Gesundheitliche Situation von 11-, 13- und 15-jährigen Schülern nach der sozialen Lebenslage

Subjektiver Gesundheitszustand:	in Prozent	
	arm	nicht arm
einigermaßen oder schlecht	19,3	14,1
Beschwerden (mindestens mehrmals pro Woche):		
fühle mich müde oder erschöpft	29,0	24,6
bin gereizt oder schlecht gelaunt	19,5	12,1
kann schlecht einschlafen	19,2	14,4
habe Kopfschmerzen	14,9	11,2
fühle mich nervös	12,4	7,6
fühle mich benommen oder schwindlig	12,1	5,9
habe Bauchschmerzen	11,8	6,6
habe Nacken-/Schulterschmerzen	11,5	7,5
habe Rückenschmerzen	9,9	7,7
fühle mich allgemein schlecht	9,6	4,1
fühle mich ängstlich	7,1	3,7

Quelle: HBSC 2002 - Zahlen für NRW (Universität Bielefeld)

Nervosität als Kinder aus nicht als „arm“ eingestuften Familien (Siehe Diagramm 3).¹³ Der Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und schlechter gesundheitlicher Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen wird vermutlich über ein Bündel weiterer Bedingungsfaktoren gebildet. Es ist z. B. aus schulärztlichen Untersuchungen bekannt, dass Eltern der unteren sozialen Schichten mit ihren Kindern weniger zu Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen gehen.¹⁴

Allgemein ist die Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitssystems in den unteren sozialen Schichten viel niedriger. Die Daten der HBSC-Studie zeigen auch, dass Kinder und Jugendliche aus Armutsfamilien in vielen Bereichen (Zähneputzen, Ernährung,

¹³ Becker 2002, S.10.

¹⁴ Mielck 2000, S. 212ff.

Bewegung, Substanzkonsum) ein ungünstigeres Gesundheitsverhalten als ihr Altersdurchschnitt aufweisen (siehe Diagramm 4).¹⁵

Diagr. 4: Gesundheitsverhalten von 11-, 13- und 15-Jährigen Schülern, in %

mangelnde Vorsorge:	arm	nicht arm
nicht täglich Zähne putzen	5,6	2,8
ungesunde Ernährung:		
kein Frühstück an Schultagen	19,2 ¹⁾	15,6
mehrmals täglich Cola oder Limonade	24,2	16,9
weniger als einmal pro Woche Obst	11,5 ²⁾	9,6
zu wenig Bewegung:		
höchstens einmal Sport pro Woche	18,4	11,6
mehr als 3 Stunden Fernsehen an Schultagen	12,1	5,9
Substanzkonsum		
täglich rauchen	13,1 ³⁾	11,0
<u>mindestens wöchentlich Alkohol</u>	<u>13,9</u>	<u>17,4</u>

1) Diese Schüler haben bei den Fragen nach somatischen Beschwerden (Benommenheit und Schwindelgefühl) 80% erhöhte Quoten.

2) Diese Schüler haben bei den Fragen nach somatischen Beschwerden (Bauchschmerzen) 50% erhöhte Quoten.

3) Diese Schüler haben bei den Fragen nach somatischen Beschwerden (Nervosität) 50% erhöhte Quoten.

Quelle: HBSC 2002 - Zahlen für NRW (Universität Bielefeld)

Die soziale Benachteiligung, wenn sie durch Armut verursacht ist, zeitigt also bei Kindern und Jugendlichen deutliche Folgen für den Gesundheitszustand. Aus unterschiedlichen Studien lassen sich folgende Beispiele aufführen: Eine niedrige Schulbildung der Eltern wirkt sich negativ auf das Geburtsgewicht und die Säuglingssterblichkeit¹⁶ aus, Zahngesundheit¹⁷, Immunisierungsraten¹⁸ sowie unfallbedingte Krankenhausaufenthalte.¹⁹

Hierzu mögen bei einigen Armutsgruppen noch weitere Faktoren hinzukommen, wie z. B. psychische Konflikte, sprachliche Barrieren, soziale Ausgrenzung, die sich ungünstig auf die Gesundheit auswirken. Die entscheidenden Zusammenhänge sind gesundheitsschädliches/ungünstiges Gesundheitsverhalten sowie psycho-soziale Belastungen und Defizite im

¹⁵ Becker 2002, S. 12.

¹⁶ Mielck 2000, S. 83. Reading/Jarvis/Openshaw 1994, Mackenbach 1992, Spencer 1991.

¹⁷ Micheelis/Bauch 1991.

¹⁸ Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg 1999.

sozialen Umfeld. Sie führen dazu, dass Armut bei Kindern und Jugendlichen erkennbar negative Gesundheitsfolgen hat.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Es gibt signifikante Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunftsschicht und Gesundheitszustand bzw. Gesundheitsrisiken von Kindern und Jugendlichen. Die Einbeziehung aller sozialen Schichten zeigt, dass sich die soziale Benachteiligung nicht nur auf Armutspopulationen beschränkt, sondern auch in höheren sozialen Schichten bestimmte Problemlagen generiert. Die soziale Ungleichverteilung nimmt in der Regel die Gestalt eines „sozialen Gradienten“ an, der in der These von Siegrist formuliert ist „Je günstiger die sozio-ökonomische Lage, desto geringer die Gesundheitslasten“.²⁰

Hier sollte staatliche Gesundheitsförderung frühzeitig ansetzen, um negative Entwicklungen zu kompensieren bzw. aufzuhalten. Dazu gilt es, zunächst ein umfassendes Konzept zu entwickeln, das nicht nur die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten im Sinne klassischer Armutsbekämpfung anspricht, sondern auch Phänomene „relativer sozialer Benachteiligung“ in den Blick nimmt.

3. Ausblick und Handlungsmöglichkeiten

3.1 Was vermag die Gesundheitsförderung zu leisten, um die soziale Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen abzubauen?

Wenige und unzureichende Daten sowie gesetzliche Hindernisse erschweren bislang eine gezielte Gesundheitsförderung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. In vielen EU-Ländern fehlt es bisher auch an geeigneten wissenschaftlichen Studien.

Die Autoren der aktuellen EU-Studie „Reducing Inequalities in Health: A European Perspective“²¹ fanden verstärkte Interventionen zugunsten sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher nur im Vereinigten Königreich, in Schweden und den Niederlanden. Die Gesundheitsprobleme, die am häufigsten erfolgreich behandelt wurden, lagen in den Handlungsfeldern Ernährung, Zahngesundheit, allgemeine Beschwerden und Erkrankungen, Unfälle, psychische Gesundheit, Rauchen, Sehstörungen und allgemeine kindliche Entwicklung, Impfungen und plötzlicher Säuglingstod. Eine ganze Reihe von europäischen Ländern hatten keine entsprechenden Maßnahmen vorzuweisen. Dies hat sich allerdings

¹⁹ Maclure/Stewart 1984.

²⁰ Siegrist 1997, S. 19.

²¹ Mackenbach/Bakker, 2002.

seit der Durchführung dieser EU-Studie geändert, da beispielweise in Deutschland eine neue große Erhebung über entsprechende Interventionen durchgeführt wurde.²²

Besonders interessant ist es, wenn Interventionsmaßnahmen (z. B. „Sicherer Start“, „shure start“) mit anderen sozialen Diensten (z. B. Kinder-, Primärversorgung, Früherziehung, Zahlungen zur Unterstützung des geringen Einkommens) vernetzt werden, wie etwa aus dem Vereinigten Königreich, die man als Früh-Interventions-Programm bei Kleinkindern, „early-childhood programme“ bezeichnen kann. Die Maßnahme fördert die Entwicklung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren in sozial benachteiligten Gebieten. Das Ziel ist, Kinder zu befähigen eine Stufe physischer, intellektueller und sozialer Entwicklung zu erreichen, die es ihnen ermöglicht, nach dem Erreichen ihres Schulabschlusses weiter darauf aufzubauen.

3.2 Was ist für Interventionsmaßnahmen wichtig?

- Verschiedene AutorInnen europäischer Studien verweisen in ihren Empfehlungen für Interventionsmaßnahmen auf folgende wichtigen Kriterien für eine erfolgreiche Projektkonzeption:²³
- Die Interventionsmaßnahmen müssen Stigmatisierung vermeiden: Sensibilität der Gesundheitsförderung im Umgang mit Themen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche.
- Sie sollten die Partizipation der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Eltern bzw. Mütter aktiv fördern. Diese sollten schon bei der Problemdefinition einbezogen werden und an Planungen, Entscheidungen u. a. beteiligt werden.
- Sie sollten Kontinuität und Nachhaltigkeit sichern.
- Ein wichtiges Ziel sollte die Vernetzung, Integration und Kooperation von Angeboten, Diensten und ExpertInnen darstellen. Dazu sollten Pläne entwickelt und Kooperationsbeziehungen aufgebaut werden.
- Die Barrieren der Inanspruchnahme von Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen sollten identifiziert und gesenkt werden. Dazu muß die Zielgruppe befragt und einbezogen werden.
- Es sollte ein Zugang zu Qualifikationen, Diensten, materieller Unterstützung, Beratung und Informationen sichergestellt werden.

²² Pott/Lehmann 2002, S. 980.

²³ Kaba-Schönstein 2002, S. 97.

Fazit

Die Kompensation der gesundheitlichen Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen bedarf nachweislich geeigneter sozial- und gesundheitspolitischer Maßnahmen des Staates.

Obwohl etliche wissenschaftliche Analysen zur gesundheitlichen Ungleichheit noch nicht abgeschlossen sind, ist es sinnvoll, praktische Maßnahmen zur Verringerung der Ungleichheitsfolgen einzuführen. Ein bedeutender Faktor ist zunächst die Verbesserung der objektiven Lebensbedingungen, doch sind auch Maßnahmen zur sozialen und inter-subjektiven Selbsthilfe erforderlich.

Durch Gesundheitsförderung und Prävention sollte der Gesundheitszustand der Nachkommen der unteren Statusgruppen verbessert werden.

Zum einen müssen wir mehr über wirksame Projekte und Interventionen wissen, zum anderen müssen wir auch die ausgewählten guten Projekte auf ihre Übertragbarkeitsfähigkeit überprüfen. Das ist die Aufgabe des am Deutschen Jugendinstitut e. V. laufenden EU-Projekts „Informationsnetzwerk über gesundheitsbezogene Präventionsprojekte für Jugendliche in der EU“, das mit einem europäischen Expertenteam in allen EU-Ländern geeignete Maßnahmen ausfindig zu machen sucht.

Literatur

- Becker, U.: Armut und Gesundheit - macht Armut Kinder krank? Fachhochschule Frankfurt am Main, 2002 (www.fb4.fh-frankfurt.de/projekt/hbsc)
- Bradbury, B./Jääntti, M.: Child poverty across industrialized nations, Innocenti Occasional Papers, Economic and Social Policy Series No. 71, Florence: Unicef International Child Development Centre, 1999
- Eurostat: Statistik kurzgefaßt, Thema 3, 12, 2000
- Geene, R./Gold, C./Hans, C.: Armut und Gesundheit, Teil 1, Materialien zur Gesundheitsförderung, Band 10, Berlin 2002a
- Geene, R./Gold, C./Hans, C.: Armut und Gesundheit, Teil 2, Materialien zur Gesundheitsförderung, Band 11, Berlin 2002b
- Hackauf, H.: Gesundheit und soziale Lage von Kindern und Jugendlichen, in: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Gesundheit und Behinderung im Leben von Kindern und Jugendlichen. Reihe Materialien zum 11. Kinder- und Jugendbericht / Band 4. München, 2002
- Hackauf, H./Winzen, G.: On the state of young people's health in the European Union. München, 1999. (Bericht erhältlich bei der Europäischen Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz, Referat F3 - Gesundheitsförderung, Gesundheitsberichterstattung und Verhütung von Verletzungen. Luxemburg)

- Hackauf, H.: Gesundheit und soziale Lage von Kindern und Jugendlichen, in: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Gesundheit und Behinderung im Leben von Kindern und Jugendlichen, Band 4, München 2002, S. 9-86
- Hackauf, H./Winzen, G.: Gesundheit und soziale Lage von jungen Menschen in Europa, Opladen 2003 (im Druck)
- HBSC 2002, siehe Becker, U.: Armut und Gesundheit - macht Armut Kinder krank? Fachhochschule Frankfurt am Main, 2002 (www.fb4.fh-frankfurt.de/projekt/hbsc)
- Kaba-Schönstein, L.: Soziale Benachteiligung und Gesundheitsförderung- Stand und Perspektiven, in: Geene, R./Gold, C./Hans, C.: Armut und Gesundheit, Teil 2, Materialien zur Gesundheitsförderung, Band 11, Berlin 2002, S. 89-102
- Kuhnert, P./Kastner, M.: Neue Wege in Beschäftigung - Gesundheitsförderung bei Arbeitslosigkeit, in: Geene, R./Gold, C./Hans, C.: Armut und Gesundheit, Teil 1, Materialien zur Gesundheitsförderung, Band 10, Berlin, 2002, S. 336-364
- Mackenbach, J. P.: Socio-economic health differences in The Netherlands: a review of recent empirical findings, in: Social Science Medicine 34(3), S. 213-25, 1992
- Mackenbach, J. P./Bakker M. J.: Reducing inequalities in health. A European perspective, London, New York, 2002
- Maclure, A./Stewart, G. T.: Admission of children to hospitals in Glasgow: relation to unemployment and other deprivation variables, in: Lancet, 2, Vol. 8404, 1984, S. 682-5
- Majeed, F. A./Chaturvedi, N./Reading, R./Ben-Shlomo Y.: Monitoring and promoting equity in primary and secondary care, in: British Medical Journal, 308, 1994, S. 1426-9
- Micheelis, W./Bauch, J.: Mundgesundheitszustand und -verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse des nationalen IDZ-Surveys 1989. Institut der Deutschen Zahnärzte (Hrsg.), Materialreihe Bd. 11.1, Köln, 1991
- Mielck, A.: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern, 2000
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg: Einschüler in Brandenburg: Soziale Lage und Gesundheit, Birkenwerder, 1999
- Pott, E./Lehmann, F.: Interventionen zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Gruppen, in: Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz 2002, 45, 2002, S. 976-983
- Reading, R./Openshaw, S./Jarvis, S.: Are multidimensional social classifications of areas useful in UK health services research? in: Journal of Epidemiological Community Health 48, S. 192-200, 1994
- Siegrist, J./Frühbuß, J./Grebe, A.: Soziale ungleiche Gesundheitsrisiken im Kindes- und Jugendalter. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der internationalen Forschung. In: DISKURS 1, 1998, S. 76-84
- Setter, C./Peter, R. et al.: Impact of school and vocational education on smoking behaviour: results from a large-scale study on adolescents and young adults in Germany, in: Sozial Präventivmed, 1998, Nr. 43, S. 133-140
- Spencer, N.J.: Child poverty and deprivation in the UK, in: Arch Dis Child 66, S. 1255-1257, 1991

UNICEF Innocenti Research Centre, Florence, Italy. Innocenti Report Card No. 1, June 2000. ‚A league table of child poverty in rich nations‘

Whitehead, M.: Die Konzepte und Prinzipien von Chancengleichheit und Gesundheit, WHO-Regionalbüro für Europa, Kopenhagen, 1991

Dr. Horst Hackauf
Gesundheitsforscher
Deutsches Jugendinstitut DJI
Nockherstr. 2
D - 81541 München
Hackauf@dji.de
www.dji.de

Co-Referat

Arme sterben früher!

Soziale Ungleichheit, Gesundheit und demographische Entwicklung

Dr. Carlo Knöpfel

Caritas Schweiz

Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens, so sagt man. Doch nicht alle haben die gleichen Chancen gesund sehr alt zu werden. Die Vernachlässigung dieses Sachverhalts in der Gesundheits- und Sozialpolitik kann sich die Arbeitsgesellschaft Schweiz angesichts der demographischen Entwicklung nicht länger leisten.

„Arme sterben früher!“. So lautet der provokative, aber leider zutreffende Befund einer Metastudie von Caritas Schweiz über den Zusammenhang von sozialer Schichtzugehörigkeit und Lebenserwartung. [1] Als Fazit zahlreicher Untersuchungen steht fest: Je kürzer die Ausbildung, je geringfügiger die berufliche Qualifikation und je tiefer das Erwerbseinkommen einer Person ist, desto höher ist das Risiko krank und invalid zu werden und früher zu sterben. Die Differenzen in der Lebenserwartung zwischen Menschen aus unteren und oberen sozialen Schichten bewegen sich in der gleichen Grössenordnung wie jene zwischen den Geschlechtern. Sie liegen zwischen vier und sechs Jahren.

Dieser Sachverhalt ist schon seit geraumer Zeit der Sozial- und Gesundheitspolitik bekannt. Irritieren muss aber, dass neueste Studien nicht etwa eine allmähliche Verbesserung signalisieren, sondern Hinweise darauf liefern, dass sich die Problematik weiter akzentuiert. Der wirtschaftliche Strukturwandel in der Schweiz, der einen deutlichen Abbau körperlich stark belastender Arbeitsplätze im industriellen Bereich mit sich brachte, hat also nicht zu einer Angleichung des Morbiditäts- und Mortalitätsrisikos der verschiedenen sozialen Schichten geführt.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältiger Natur. Ganz offensichtlich hängt die Lebensqualität und die Lebenserwartung nicht nur von der Situation am Arbeitsplatz ab, sondern wird auch durch die Lebensumstände, die Wohnsituation, die familiäre Lage, das Ernährungs- und Freizeitverhalten und ähnliches mehr beeinflusst. Menschen aus unteren Schichten weisen häufiger als andere Verhaltensmuster auf und leben in Verhältnissen, die

sich ungünstig auf ihre Gesundheit und ihre Lebenserwartung auswirken. Dies gilt ganz offenbar für den gesamten Haushalt, also nicht nur für die erwachsenen Personen, sondern auch für ihre Kinder. Wir haben es also mit einer generationenübergreifenden Problematik zu tun.

Die schichtspezifischen Beeinträchtigungen der Beschäftigungsfähigkeit sind für die Direktbetroffenen in hohem Masse betrüblich. Viele Erwerbstätige aus unteren sozialen Schichten erreichen das Rentenalter nicht mehr gesund, sondern scheiden frühzeitig aus dem Arbeitsleben aus. Sie sind auf Sozialhilfe angewiesen oder beziehen eine Invaliditätsrente und Ergänzungsleistungen. Nur wenige kommen in den Genuss einer gut finanzierten Frühpensionierung. Für die meisten Menschen mit tiefen Erwerbseinkommen ist der frühzeitige Austritt aus dem Arbeitsmarkt hingegen finanziell kaum tragbar.

Diese stigmatisierende berufliche Desintegration gefährdet auch die soziale Einbettung und Vernetzung der betroffenen Menschen. Die Entwertung als Arbeitskraft führt zu einem Rückzug ins Private, zur Aufgabe sozialer Kontakte und damit in eine Spirale der zunehmenden gesellschaftlichen Isolation. Dieses Verhaltensmuster selber verstärkt das Sterberisiko zusätzlich.

Bis heute tut sich die Sozial- und Gesundheitspolitik schwer, in adäquater Weise auf die beschriebene Problematik zu reagieren. Zu sehr ist sie auf die sozialen und gesundheitlichen Probleme der Mittel- und Oberschichten konzentriert. Aber selbst das Eingeständnis, bisher wenig bis gar nichts an Verbesserungen bei den gesundheitlichen Folgen sozialer Ungleichheit erreicht zu haben, führt nicht zu einer angemessenen Reaktion, wie die aktuelle Debatte um die Flexibilisierung des Rentenalters in der 11. AHV-Revision illustriert. [2]

Die gesundheitlichen Folgen sozialer Ungleichheit sind aber nicht nur durch die Betroffenen selber zu bewältigen. Die weitgehende politische Ignoranz dieses Sachverhalts erzeugt auch soziale und volkswirtschaftliche Kosten, die alle zu tragen haben. So muss man sich fragen, wie lange die Arbeitsgesellschaft Schweiz sich diese Passivität gegenüber den schichtspezifischen Erwerbsbiographien angesichts der demographischen Entwicklung noch leisten kann und will.

Die Projektionen des Bundesamtes für Statistik zeigen in verschiedenen Modellen eine deutliche Verschiebung zwischen den verschiedenen Alterskategorien an. Trotzdem konzentriert sich die Auseinandersetzung über die möglichen Folgen dieser Umgestaltung der Alterspyramide auf deren Spitze. So verstellt die Debatte über die wachsende Zahl alter und vor allem hochbetagter Menschen die eigentliche demographische Problematik: Die Schweiz wird nicht primär zu viele alte Menschen haben, sondern zu wenig Nachwuchs.

Die seit vielen Jahren sinkende Kinderzahl wird schon bald zu einem Mangel an gut Erwerbstätigen führen. Dabei kommt es nicht nur auf die Zahl der Arbeitskräfte in zehn, zwanzig Jahren an, wie die immer wieder hervorgehobenen Berechnungen des Altersquo-

tienten, also des Verhältnisses zwischen den 20- bis 64-jährigen zu den über 64-jährigen suggerieren. Viel entscheidender wird es sein, wie produktiv diese Erwerbstätigen in den nächsten Jahren sein werden. Schliesslich ist für die Finanzierung der AHV vor allem die Höhe der Lohnsumme und nicht nur die Zahl der Einzahlenden entscheidend. [3]

Folgt man dieser Argumentation, gilt es, alles zu unternehmen, dass die vorhandenen Arbeitskräfte gut ausgebildet werden, eine hohe berufliche Qualifikation erreichen und möglichst lange und gesund im Arbeitsleben verbleiben können. Die angezettelte Debatte über eine denkbare Erhöhung des Rentenalters für alle lenkt nur von den tatsächlichen Schwierigkeiten ab. Bevor über Anreize zum Arbeiten über die Pensionierung hinaus diskutiert wird, sollte zuerst mehr für den Erhalt und die Nutzung der Arbeitskraft aller bis zum Rentenalter nachgedacht werden. [4]

Es braucht also eine sozialverträgliche Politik zum Erhalt und zur Förderung der Leistungsfähigkeit älterer Erwerbstätiger. Es gilt, ältere Erwerbstätige möglichst lange im Arbeitsmarkt zu halten statt als „altes Eisen“ in den entsprechenden Sozialversicherungszweigen und bei der Sozialhilfe zu entsorgen.

Hier zeigt es sich aber, dass die bisherigen Massnahmen zu wenig oder gar nicht greifen und andere Strategien forciert werden müssten. Dem Versuch, durch Präventionskampagnen zum Sucht- oder Ernährungsverhalten eine Verbesserung der Lebensaussichten für Menschen aus unteren Schichten zu erzielen, sind kaum Erfolge beschieden. Die Kernaussagen solcher Kampagnen erreichen die Menschen in prekären Lebenslagen kaum in nachhaltiger Weise. [5]

Man muss sich darüber hinaus auch fragen, ob neben der Verhaltensprävention nicht mehr in die Verhältnisprävention investiert werden müsste. Hier hat zunächst die Wirtschaft ihre Hausaufgaben zu machen. Der sukzessive Abbau von Nischenarbeitsplätzen, der weitreichende Verzicht auf Lehrlingsplätze, die mangelnde Förderung der Weiterbildung für weniger Qualifizierte weist dabei in die falsche Richtung. Hier ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig, das über die aktuelle konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hinausreicht, wie selbst das Staatssekretariat für Wirtschaft *seco* anmahnt. [6]

Von Seiten der öffentlichen Hand ist mehr im Bereich des Wohnens, der Schule und der sozialen Integration zu unternehmen. Die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus, die grossen Probleme in den weiterführenden Schulen und die schwierige Situation in manchen Quartieren mit hohem Anteil an Migrantenfamilien zeigt auf, wo Handlungsbedarf besteht.

Verhältnisprävention ist eine gesellschaftliche Aufgabe, Verhaltensprävention ein Appell an die anderen. Wenn wir wollen, dass die demographische Entwicklung nicht in ein sozialpolitisches Desaster führt, müssen wir mehr in Arme investieren!

Literatur

- [1] Künzler Gabriela, Knöpfel Carlo: Arme sterben früher. Soziale Schicht, Mortalität und Rentenalterspolitik in der Schweiz. Caritas-Verlag, Luzern, 2002
- [2] Knöpfel Carlo: Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Schweiz 2001/2002. In: Sozialalmanach 2003, Gesundheit – eine soziale Frage. Caritas-Verlag, Luzern 2002:30-35
- [3] Zürcher Boris: Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt. In: Die Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik 3/2002:30-35
- [4] Widmer Rolf, Sousa-Poza Alfonso: Altersteilzeitarbeit. Avenir Suisse Studie, Zürich 2003
- [5] Mielck Andreas: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Verlag Hans Huber, Bern 2000
- [6] Brunetti, Aymo: Ältere garantieren Wachstum und Sicherheit. In: Panorama 5/2000:11-12

Dr. Carlo Knöpfel
Leiter Bereich Grundlagen
Caritas Schweiz
Löwenstrasse 3
6002 Luzern
cknoepfel@caritas.ch
www.caritas.ch

Die familiäre Vererbung von Armut

Prof. Dr. Franz Schultheis, Nathalie Pigot

Soziologisches Institut Universität Genf

Jedes 10. Kind in der Schweiz ist arm: so lautet die Botschaft der Plakatkampagne, mit der wir seit einiger Zeit in allen Schweizer Städten konfrontiert werden. Während die populistischen Theorien uns das Klischee vermitteln, dass Erwachsene ihre Armut selbst verschuldet haben (fehlendes wirtschaftliches und vorsorgliches Denken, mangelnde Motivation, usw.), scheinen armutsbetroffene Kinder von der öffentlichen Stigmatisierung und Schuldzuweisung, die der materiellen Armut zusätzlich eine symbolische und moralische Dimension auferlegt, verschont zu werden.

Dass es in unserer Überfluggesellschaft noch immer armutsbetroffene Kinder gibt, empfinden wir einstimmig als skandalös.²⁴ Aber wo liegen die Ursachen für Kinderarmut? Welche sozialen Voraussetzungen und Begleitumstände und welche wirtschaftlichen Ursachen liegen ihr zugrunde und welches sind ihre sozialen, psychologischen und kulturellen Auswirkungen?

Ausgehend von ein paar absichtlich naiven Fragestellungen werden wir versuchen dieses komplexe Phänomen zu durchleuchten. Dabei möchten wir speziell darauf hinweisen, dass die Sozialwissenschaften diese Problematik bisher weitgehend ausgeklammert haben und sich kaum dazu äussern, obwohl Kinderarmut ein zentrales Thema der Sozialpolitik und der soziologischen Fragestellungen anspricht.

Erste Frage: Wo stecken sich Kinder mit Armut an oder besser noch, wo werden Kinder mit Armut angesteckt?

Sicherlich, Armut ist ja nicht physisch ansteckend, sonst hätten wir sie schon längst ausgerottet. Wenn sie solcherart ansteckend wäre, wären ja auch die Kinder der Privilegierten dem Infektionsrisiko ausgesetzt und man hätte schon längst einen weitgehenden Konsens zur Bekämpfung dieser Seuche gefunden.

Doch wie steht es mit der Frage der Vererbbarkeit? Kann Armut nicht genauso wie Reichtum über Generationen hinweg weitergegeben werden? Aus dieser soziologischen Per-

²⁴ Dies ist mit ein Grund für das zunehmende Interesse an dieser Problematik. In Deutschland hat die bundesweite Studie «Gute Kindheit-schlechte Kindheit» (2000) das Ausmass der Kinderarmut deutlich gemacht, in Frankreich ermöglichte das vom CERC organisierte Kolloquium «Enfants pauvres» (Paris, 21.3.2003) einen interessanten themenspezifischen Überblick zu diesem Thema. Ferner stand die Armut Jugendlicher ganz oben auf dem EU-Sozialprogramm von 1997 zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

spektive wäre Armut gleichbedeutend mit einer Art negativem Erbe²⁵ und somit ein von Geburt an feststehender Tatbestand, in den das Kind hineingeboren wird und dem es mit Haut und Haaren ausgeliefert ist.

Jetzt stellt sich jedoch die Frage, unter welchen sozialen Rahmenbedingungen und über welchen institutionellen Akteur Armut übertragen wird. Wo wird materielle Unsicherheit, Verwundbarkeit und soziale Ausgrenzung reproduziert?

Sozialwissenschaftlich scheint die Antwort auf diese Frage einfach und zugleich extrem kompliziert: die Familie spielt in der sozialen Reproduktion die Hauptrolle und zwar im guten wie im schlechten Sinn. Die intergenerationelle Vererbung von materiellen und immateriellen Ressourcen sowie von kulturellen und sozialen Kompetenzen findet in der Familie statt. Grundsätzlich wird jeder Mensch (Ausnahmen bestätigen die Regel) in ein bestimmtes familiäres Umfeld hineingeboren, das von einem spezifischen soziohistorischen Werdegang und zusammenhängenden materiellen und symbolischen Errungenschaften – dem über Generationen hinweg erarbeiteten, angehäuften und weitergegebenen Erbe oder «Familienbesitz» – geprägt ist. Das Kind bekommt also einen unterschiedlich gut bestückten «Rucksack» mit auf den Lebensweg, mit dem es sich in der Gesellschaft und dem dort herrschenden Konkurrenzkampf, nach dem darwinistische Selektionsprinzip „survival of the fittest“, behaupten muss. Die von Geburt an bestehenden Unterschiede führen zunehmend zu einer Chancenungleichheit, einer statistisch quantifizierbaren Erfolgschance für biographisch – sowohl beruflich als auch persönlich – relevante Zielsetzungen. Einer rekurrenten Logik folgend fördern sie die intergenerationelle Reproduktion der bestehenden Ungleichheiten zwischen den diversen familiären Rahmenbedingungen und damit auch die Reproduktion der makro-soziologischen Strukturen sowie deren Disparitäten und Schichtungen. Aber woher hat die Familie die Fähigkeit die sozialen Strukturen – so zufallsbedingt und willkürlich diese auch erscheinen mögen – ein Menschenleben überdauern zu lassen? Die Familie als Schnittstelle wesentlicher sozialer Funktionen besitzt nicht nur ein Quasi-Legitimitätsmonopol für biologische und genetische Reproduktion, sondern spielt zugleich eine Schlüsselrolle bei der intergenerationellen Weitergabe von ökonomischen Werten, von Wissen, kulturellen Kompetenzen und symbolischem Eigentum.²⁶

²⁵ Wir sind uns durchaus bewusst, dass diese Betrachtungsweise schockierend sein kann. Für ein besseres Verständnis des Sachverhalts scheint sie uns jedoch wichtig. Man könnte in diesem «negativen Erbe» ein Schuldenkapital sehen, das Kind von der vorangehenden Generation übernommen hat, wobei diese Generation die Schulden entweder selbst angehäuften oder ihrerseits geerbt hat. Durch diese Schulden in Form von materiellen oder symbolischen, äusserlichen oder innerlichen Benachteiligungen sind die Chancen auf eine erfolgreiche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und den Erwerb eines positiven Kapitals stark eingeschränkt. Vereinzelt nimmt das negative Erbe konkrete Formen an (finanzielle, durch abzuzahlende Kredite, Hypothekenbelastung des Familiengrundstücks oder Unterhaltungspflichten gegenüber bedürftigen Familienangehörigen verursachte Verschuldung). Es kann sich jedoch durchaus auch in einer körperlichen oder symbolischen Stigmatisierung oder einer, auf ein bestimmtes Konsumverhalten der Eltern (Alkoholismus, Tabaksucht, usw.) zurückzuführende gesundheitliche Schädigung im Mutterleib äussern.

²⁶ Eines der grössten, von den klassischen Denkern der Sozialwissenschaften mehrfach hervorgehobene Geheimnis lautet: «Wie kommt es, dass die Gesellschaft weiterbesteht, obwohl die Menschen sterben?». Darauf gibt es eine ganz einfache und doch unglaublich komplizierte Antwort: «Weil sich die Gesellschaft über die Familie reproduziert».

Zur Vereinfachung dieser ziemlich komplexen und komplizierten Sachverhalte fassen wir hier die sozialen Reproduktionsstrategien nach P. Bourdieu kurz zusammen²⁷:

- Über die Vererbungsstrategien scheint die Familie ihre Errungenschaften, d.h. die von den vorangehenden Generationen angesammelten Ressourcen schützen zu wollen. Der wesentliche Grundsatz der Familienmoral in Sachen Vererbung scheint darin zu bestehen, das Erworbene zu bewahren und der nachfolgenden Generation zumindest das weiterzugeben, was man selbst von der Generation zuvor geerbt hat. Dieses Erbe scheint den Familienzusammenhalt entscheidend zu beeinflussen und, wie zahlreiche Familiensoziologen seit über einem Jahrhundert betonen, den «Familiengeist» zu stärken, indem es ihm ein materielles Substrat bietet. Wo kein solches Erbe vorhanden ist, fehlt es der Familie nicht nur an materieller Sicherheit im Hinblick auf mögliche Krisensituationen, sondern auch an materiellen Trägern des Familienerbes (Haus, Grundstück, Möbel, Familienschmuck, usw.). Armutsbetroffene Kinder werden in ein familiäres Umfeld hineingeboren, in dem solche materiellen Träger, die für die Entwicklung eines Familienbewusstseins und für die Identifizierung mit einer Familientradition erforderlichen sind, zumeist fehlen.
- Die Strategien der Familienplanung, mit denen die Familien die Anzahl ihrer Nachfahren bewusst oder unbewusst regulieren, werden in der unterschiedlichen Kinderzahl der sozialen Klassen sichtbar. Die Sozialwissenschaften haben sich seit dem 19. Jahrhundert mehrfach über die klassenabhängige Variabilität der Geburtenrate geäußert und betont, dass die Kinderzahl der heute am stärksten vertretenen Mittelklassen im Sinne eines neo-malthusianschen Gebärverhaltens besonders niedrig ist, während die Kinderzahl der Familien aus Oberschichten und Unterschichten deutlich darüber liegt. Reiche Familien können sich Kinderreichtum leisten, während das Phänomen der Grossfamilien in den unteren Bevölkerungsschichten zugleich Konsequenz und – zumindest teilweise – Ursache der materiellen Armut ist. Wie der Demograf Arsène Dumont bereits Ende des 19. Jahrhunderts zeigte, schränken die Familien der sozialen Klassen, die sich dank unseres meritokratischen Bildungssystems berechnete Hoffnungen auf einen sozialen Aufstieg ihrer Kinder machen können, die Anzahl ihrer Kinder am stärksten ein, um die finanziellen Mittel, die Zeit und die Aufmerksamkeit bewusst oder unbewusst konzentriert und gewinnbringend einzusetzen. Für Familien in Armutsverhältnissen, die «von der Hand in den Mund» und ohne echte Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen Lebenslage oder die der Kinder leben, scheinen diese Vorsorgekriterien eine bedeutend geringere Rolle zu spielen.

²⁷ Zur systematischen Aufstellung der Betrachtungsweise vgl. Schultheis, F.: La contribution de la famille à la reproduction sociale: une affaire d'Etat, In: Commaille, J. et Singly, F. de (Ed.): *La question familiale en Europe*, Paris 1997c, L'Harmattan, 239-257

- Die Heiratsstrategien haben bei der familiären Reproduktion der Agrargesellschaften eine Schlüsselrolle gespielt. Die Familien haben nach einer «guten Partie» für ihre Kinder gesucht, um die Besitztümer zu vermehren. Bekanntlich war die Familie und nicht der Einzelne ausschlaggebend für die Wahl des Ehepartners; für das Ideal der romantischen Liebe blieb da wenig Platz. Obwohl diese Zeiten längst der Vergangenheit angehören, finden sich noch heute solche sozialen Reproduktionsmechanismen; Die Wahl des Partners wird noch immer von einem sozialen, ökonomischen und kulturellen Homogamiedenken bestimmt. Sämtliche themenspezifischen Studien zeigen, dass wir noch immer nach einem Partner mit ähnlicher sozialer Herkunft suchen. Während in den obersten Gesellschaftsschichten grosser Wert auf eine so genannte gute Partie gelegt wird, sind Hochzeiten zwischen Mitgliedern aus weniger privilegierten Klassen nicht sonderlich vielversprechend, da die Partner die Benachteiligungen beider, in ähnlichen Verhältnissen lebenden Familien, in den neuen Haushalt mit einbringen.

- Mit Hilfe der Strategien zur Weitergabe von kulturellen Kompetenzen versuchen die Familien ihre kulturellen Ressourcen weiterzugeben. Diese können materieller Art sein (Bücher, Gemälde, usw.), sind in unserer modernen Gesellschaft jedoch hauptsächlich in Form von inkorporiertem oder institutionalisiertem Kulturkapital relevant. Den Bildungsstrategien kommt in der «modernen» sozialen Reproduktion eine zentrale Bedeutung zu. Ihre Wirkung dürfte mit der des familiären Erbes im Ancien Régime vergleichbar sein. Die Investition in die Bildung der Kinder ist je nach sozialer Klasse bereits im Kleinkindalter sehr unterschiedlich. Sie prägt sämtliche Vorgehensweisen und «die kleinen Dinge des Lebens», wie das Essverhalten und den Geschmackssinn als ersten Ausdruck einer kennzeichnenden sozialen Ästhetik, sowie die Anstandsregeln und den Sprachstil. Nach N. Elias oder P. Bourdieu ist die «Familienkultur» als eine Art soziales Labor zur Produktion und Reproduktion des sozialen Habitus zu verstehen (in dem das Kind umso stärker geprägt wird, weil es von Geburt an und lange bevor es den Einflüssen der umgebenden Gesellschaft ausgesetzt wird, eine intensive und nachhaltige Sozialisation erfährt). Während die Bildungsstrategien der privilegierten Familien im Allgemeinen eine gute Voraussetzung für die Entwicklung eines „zivilisierten“ Habitus bei Kindern schaffen, (auch hier bestätigt die Ausnahme die Regel), ist in armen Familien für gute Umgangsformen wenig Platz. Man muss zusehen, dass man etwas auf den Tisch bekommt und hat kaum Gelegenheit über Dinge wie eine korrekte Tischdekoration nachzudenken. In armen Familien sind die kulturellen Verhaltens- und Denkweisen in der Regel aufs Nötigste und Pragmatischste reduziert, ganz im Sinn von Brechts treffender Formulierung «Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral». Der unter diesen Verhältnissen produzierte und reproduzierte Habitus bedürftiger Familien, in denen für Etikette weder Mittel, Kompetenzen noch Zeit vorhanden sind, in denen das Kind zwangsläufig lernt, dass es auf Förmlichkeiten verzichten muss, wenn es ein Stück Kuchen oder Brot abbekommen will, und in denen kein Blatt vor den Mund genommen wird und sich nicht das stärkste Argument, sondern das Argument des Stärksten durchsetzt, erregt bei so genannt «gut erzogenen Leuten» Anstoss und

fällt negativ auf. Konkret besitzt das in und für diese Armutsverhältnisse sozialisierte Kind Verhaltensmuster, die es ihm ermöglichen in seinem sozialen Umfeld zu leben und zu überleben (Schreien um sich Gehör zu verschaffen, Schlagen um sich seine Rechte zu erkämpfen, kleinkriminelle Praktiken um seinen Schneid unter Beweis zu stellen, Rauchen und Trinken um seine Gruppenzugehörigkeit zu betonen, usw.). Dieses Verhaltensmuster führt unweigerlich zu Ausrutschern und zu einer Stigmatisierung der Betroffenen in den Augen der anderen sozialen Klassen, insbesondere der Mittelklasse mit ihrem besonders ausgeprägten moralischen Hyperkonformismus und ihrer «political correctness», die sich in starren formellen Spielregeln des Soziallebens äussern. Im Allgemeinen können gerade die Beobachter aus der Mittelschicht solche Verstösse gegen die Umgangsformen und Bürgerpflichten (die berüchtigten und in den Medien oft thematisierten «Aggressionen»), die von «schlecht erzogenen» Kindern aus armen Verhältnissen begangen werden, bestrafen, da die Stellen von Lehrern und Professoren, Richtern und Psychologen vorwiegend von Vertretern aus der Mittelschicht besetzt sind und diese von Berufs wegen die Aufgabe haben, Verhaltensauffälligkeiten von in Armut lebenden Kindern zu «korrigieren». Die andere Form vererbbarer kultureller Ressourcen, zusammengefasst unter dem Begriff «institutionalisiertes Kulturkapital», wird vorwiegend ausserhalb der Familie übertragen und steht im Zentrum der familiären Reproduktionsstrategien. Dabei handelt es sich um schulische Titel, die dem Einzelnen im Zuge der Sekundärsozialisation durch das Bildungswesen verliehen werden. Obwohl die elterlichen Diplome nicht direkt übertragbar sind und kein Familienerbe im engeren Sinn darstellen, sind schulischer Erfolg und Bildungskapital der Eltern der beste Garant für den schulischen Erfolg der Kinder. Die familiäre Reproduktion wird immer mehr zu einer öffentlichen Angelegenheit. Der Staat versucht die Mechanismen der sozialen Reproduktion im Hinblick auf eine Chancengleichheit der Bürger aus allen sozialen Schichten zunehmend auszugleichen oder gar zu bekämpfen. Dieses Anliegen erweist sich vielfach als utopisch, denn gegen die bildungsspezifischen familiären Reproduktionsstrategien, welche das Kind über die Weitergabe von Kulturkapital bereits von klein auf prägen, ist nur schwer anzukommen. Bereits bei der Einschulung dringt die soziale Reproduktion meist durch. Es darf nicht vergessen werden, dass die formelle Chancengleichheit der Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft trotz des schulischen Konkurrenzprinzips und der meritokratischen Philosophie weitgehend illusorisch ist. Auf der Jagd nach Diplomen – zu verstehen als Titel, die auf dem Arbeitsmarkt in Stellen umgewandelt werden können – führen diese faktischen Ungleichheiten unweigerlich zur Bevorteilung der einen und zur Benachteiligung der anderen. Die sozialwissenschaftlichen Studien in diesem Bereich zeigen, dass die statistische Wahrscheinlichkeit für schulischen Erfolg massgeblich von der sozialen Herkunft der Kinder abhängt. Auch die im letzten Jahr veröffentlichte internationale PISA-Vergleichsstudie hat gezeigt, dass die sozialen Ungleichheiten beim Zugang zu höheren Bildungsinstitutionen in der Schweiz besonders ausgeprägt sind und dass das öffentliche Bildungswesen die Reproduktion der unterschiedlichen «Lebenschancen», die in der familiären Reproduktion begründet sind, noch verstärkt. Unter diesen Voraussetzungen bestehen kaum Chancen aus der herkunftsbedingten Armut herauszu-

finden. Anderen Gesellschaften, namentlich den nordeuropäischen Ländern, gelingt es wesentlich besser die sozialen Ungleichheiten von Familien unterschiedlicher Herkunft auszugleichen. Grund ist ihr grosszügiges und integratives Schulsystem, das auf eine frühe Selektion und damit auf eine nachhaltige Weichenstellung in der Anfangsphase der Bildungslaufbahn verzichtet. Dank eines Vorschulsystems, in das die Kinder bereits sehr früh integriert werden, ist die Chancengleichheit in den skandinavischen Ländern deutlich höher, denn dort werden die sozialen Ungleichheiten kompensiert oder zumindest teilweise ausgeglichen.

- Die ökonomischen Reproduktionsstrategien dienen der Sicherung der materiellen Existenz und der Zukunft der Familie durch Investitionen von Arbeitskraft oder Kapital in die wirtschaftliche Produktion, durch den Aufbau von Spar- und Rentenguthaben und durch eine vernünftige Verwaltung des Erbes. Dort, wo es weitgehend an ökonomischem Kapital fehlt oder sogar ein negatives Kapital ausgewiesen wird (es sei auf die Verschuldung und den damit verbundenen Teufelskreis verwiesen), kann die gesellschaftlich geforderte ökonomische Rationalität kaum Fuss fassen und ist auch nur sehr schwer zu erlernen. Die Tugenden der bürgerlichen Gesellschaft, wie Vorsorge, Sparsamkeit, Mässigung, Arbeitsethos, usw., können sich nur entwickeln und zur Gewohnheit werden, wenn ein gewisses Mass an Sicherheit und Wohlbefinden vorhanden ist. Dort, wo wirtschaftliche Armut herrscht und nur das «Hier und jetzt» zählt, weichen diese Tugenden kurzfristigen Überlebens- und Improvisationsstrategien und lassen nur wenig Chancen für eine langfristige und gewinnbringende Zukunftsperspektive. Personen, die in Armutsverhältnissen sozialisiert wurden, haben kaum eine Chance einen ökonomischen Habitus zu erwerben, mit dem sie das Blatt wenden und den prekären materiellen Verhältnissen entfliehen können, weil ihnen die materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung einer ökonomischen Rationalität fehlen.
- Mit den familiären Strategien zur Weitergabe von sozialem Kapital sollen die solidarischen oder zweckdienlichen Hilfsressourcen für den Bedarfsfall beibehalten oder sogar erhöht werden (einen Bürgen finden, um an einen Kredit zu kommen, an gute Tipps in Geschäftsangelegenheiten gelangen, einen Arbeitsplatz für die eigenen Kinder finden, usw.). Ein solches soziales Kapital beruht auf verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen Beziehungen oder leitet sich aus dem Verbands- oder Genossenschaftsleben ab. Durch seine Abschottung gegen andere soziale Klassen führt das Verbandsleben zu Vertiefung des sozialen Habitus der Familien unterschiedlicher sozialer Herkunft bei. Während Elitesportclubs oder Vereinigungen wie der «Lions Club» oder der «Rotary Club» den positiven Habitus der einen festigen, tragen die «Street corner societies» und Hooligans, um absichtlich zwei gängige Klischees zu verwenden, dazu bei den stigmatisierenden Habitus der anderen sozialen Akteure zu verstärken. Im Allgemeinen ist die Hilfs- und Solidaritätsbereitschaft bei denjenigen sozialen Klassen am höchsten, die selbst am wenigsten darauf angewiesen sind. Die Gründe liegen auf der Hand: In einem Armutsmilieu ist man von armen Leuten umgeben. Man trifft zwar auf ergreifende Formen der Selbstlosigkeit und Solidarität, doch diese sind

zwangsläufig beschränkt (Entgegen der Bilder aus der Beschauungsliteratur, in denen die Armutskultur idealisiert wird, findet man kaum aus einer Notlage hinaus, indem man die wenigen Güter brüderlich mit seinesgleichen teilt. Mittellosigkeit ist nicht gleich Selbstlosigkeit.).

- Die prophylaktischen Strategien dienen dem Erhalt oder der Veredelung des familiären Humankapitals durch hygienische, gesundheitliche oder ernährungsspezifische Vorsorgemassnahmen und einem dem körperlichen und geistigen Wohl förderlichen Lebensstil (Körperpflege, Freizeitaktivitäten, Sport, Erholungskuren, usw.). Die wissenschaftlichen Daten sprechen eine deutliche Sprache: Kinder in Armut sind von Geburt an und, unter Berücksichtigung der gesundheitsschädigenden Wirkungen von Alkohol und Tabak während der Schwangerschaft, sogar schon vorher Risikofaktoren ausgesetzt, die sich während des gesamten Lebenswegs vermehren und verschärfen und damit die Voraussetzungen für eine labile körperliche und psychosomatische Gesundheit schaffen. Es ist deshalb kein Zufall, dass die mittlere Lebenserwartung von Mitgliedern aus den unteren sozialen Klassen deutlich niedriger ist als bei den anderen Sozialschichten.
- Die familiären Strategien zur Weitergabe von symbolischem Kapital sind im Grundsatz der «Familienehre» begründet. Sie stehen oft im Gegensatz zur ökonomischen Rationalität, da sie der äusseren Escheinung und dem Lebensstil (angestrebte Status- und Prestigesymbole) grosse Bedeutung beimessen. Genauso wie das archaische Potlatch-Ritual, bei dem materielle Güter zur Steigerung von Respekt und Prestige zerstört werden, entbehren auch die Strategien zur Weitergabe von symbolischem Kapital der zeitgenössischen Familien oft scheinbar jeder wirtschaftlichen Logik. Diese Familien geben ihr letztes Hemd her, um sich eine ordentliche Einrichtung oder ein anständiges Auto zu kaufen oder die sich übermässig verschulden, um bei der Hochzeit ihrer Tochter zu zeigen, dass sie jemand sind. Dies trifft insbesondere auf arme Familien zu, denn auch sie streben nach sozialer Anerkennung und legen Wert auf Statussymbole, besitzen jedoch nicht die nötigen materiellen Ressourcen, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Viele, von privilegierten Sozialschichten als «unvernünftig» und «verantwortungslos» verurteilte Verhaltensweisen sind im Bedürfnis armer Familien begründet, sich so weit wie möglich und sogar darüber hinaus Respekt zu verschaffen.

Die Vererbung von negativem Kapital: Familienformen und Armut

Soviel zu den familiären Reproduktionsstrategien nach Bourdieu. Im Gegensatz zu den familiären Vererbungsprozessen von «positivem Kapital», mit der sich die Sozialwissenschaftler bereits eingehend befasst haben, wurde die Weitergabe von sozialen Benachteiligungen – hier in Analogie «negatives Kapital» genannt – bisher weitgehend vernachlässigt. Die entscheidende soziologisch relevante Frage, die es in diesem Zusammenhang zu beantworten gilt, lautet:

«Wie wird das «negative» Kapital, das im Habitus der Kinder lebenslange Spuren hinterlässt, von armen Familien – in Ermangelung eines Bessern und ungewollt – auf deren Kinder übertragen?»

Ein wichtiger Anhaltspunkt sind die sozialen Merkmale armer Familien. Es wird zwischen reinen Familienmerkmalen – den familiären Lebensformen sowie den sozialen, ökonomischen und kulturellen Familienverhältnissen – unterschieden.

Die Sozialstatistiken verweisen eindeutig auf die Wahlverwandtschaften zwischen bestimmten Formen des Familienlebens und der Gefahr in Armut zu geraten.

In ihrer extremsten Form scheint Armut durch verschiedene Formen sozialer Ausgrenzung gekennzeichnet und mit fehlenden Familienbanden und fehlendem sozialem Familienkapital einherzugehen. Ein Grossteil der Obdachlosen und Personen ohne festen Wohnsitz ist «familienlos». Diese besonders stark von der sozialen Entkoppelung (Castel) betroffene Bevölkerungsschicht setzt sich hauptsächlich aus ledigen oder geschiedenen Männern zusammen und ist für die Problematik der Kinderarmut wenig relevant, lässt jedoch die Hypothese zu, dass diese Form von «negativem Individualismus» eine direkte Konsequenz einer in Armut verbrachten Kindheit ist.

In diesem Zusammenhang muss auf die allgemein bekannte Wechselbeziehung zwischen Kinderarmut und den als Risikogruppe geltenden Alleinerziehenden aufmerksam gemacht werden. Die statistischen Erhebungen zeigen deutlich, dass Kinder und Frauen in den postindustriellen Ländern zwei besonders stark von Armut betroffene soziodemografische Kategorien darstellen.²⁸ Dieser in allen modernen Gesellschaften stattfindende doppelte Prozess der «Feminisierung» und «Infantilisierung» der Armut ist kein Zufall, denn eine erdrückende Mehrheit der Alleinerziehenden sind Frauen. Im Weiteren sei daran erinnert, dass die von langfristiger Armut besonders gefährdeten Alleinerziehenden im Allgemeinen nur eine Seite der Medaille darstellen, denn Armut bestimmter Familienformen und soziale Verwundbarkeit stehen in engem Zusammenhang zueinander. Die seit 1975 stetig zunehmende Scheidungsquote steht im übrigen in direktem Zusammenhang mit dem Phänomen der Verarmung von Familie. Es ist einschlägig bekannt, dass Scheidungen besonders in den unteren Gesellschaftsschichten aufgrund der Unterhaltungspflichten und der mit Scheidungen einhergehenden doppelten Verschlechterung der ökonomischen Situation oft zur Bildung von zwei armen Haushalten führen.

Die andere in der armen Bevölkerung übervertretene Familienform der modernen Gesellschaft wird von kinderreichen Familien gebildet. Kinderreiche Familien leben, wie anhand einschlägiger statistischer Indikatoren vielfach nachgewiesen wurde und wie wir oben versucht haben darzulegen, oft in besonders prekären materiellen Verhältnissen. Die beiden Dimensionen stehen in komplexer Wechselwirkung zueinander. Einerseits trägt die finanzielle Belastung einer kinderreichen Familie wesentlich zu einem niedrigeren Pro-Kopf-

²⁸ In Deutschland leben 25% der armutsbetroffenen Kinder und 9% der nicht von Armut betroffenen Kinder allein mit ihrer Mutter. Bei den Patchwork-Familien macht der Anteil 10%, bzw. 5% aus.

Einkommen bei, andererseits deutet alles darauf hin, dass Armut und sozio-ökonomische Notlage mit einer überdurchschnittlich hohen Kinderzahl einhergehen und dass Familien mit geringen sozialen Aufstiegschancen gleichzeitig kaum für neo-malthusische Strategien der Familienplanung empfänglich sind.

Die Vererbung von Armut: arm vom Vater auf den Sohn, von der Mutter auf die Tochter

Statistisch ist der Zusammenhang zwischen Familienformen und Armutssituationen eindeutig erwiesen. Es wäre jedoch gefährlich seine Bedeutung über zu bewerten und in ihm die hauptsächliche oder gar einzige Ursache für das Armutproblem zu sehen, denn die Mehrheit der armutsbetroffenen Kinder lebt auch heute noch in vollständigen Familien mit einer mittleren Anzahl Kinder²⁹. Die Möglichkeitsbedingungen für Familienarmut sind deshalb anderswo zu suchen, wobei die sozio-ökonomischen Faktoren berücksichtigt werden müssen.

Dazu gehört insbesondere die lange vernachlässigte und in der Schweiz erst vor wenigen Jahren näher beleuchtete soziale Gruppe der *Working Poor*. Damit werden Arbeitnehmende bezeichnet, die trotz einer vollzeitlichen Erwerbstätigkeit nicht über genügend Einkommen verfügen und unter die Armutsgrenze rutschen, sobald Kinder zu versorgen sind. Der Anteil der *Working poor* an der erwerbstätigen Bevölkerung beträgt 10% und ihre Kinder sind per Definition armutsbetroffen.

Die *Working poor* scheinen dem Musterbeispiel eines armen, ehrlichen Menschen zu entsprechen, der seine Not aus Scham hinter der Fassade seines Privatlebens verbirgt. Wir stossen uns viel weniger an dieser banalisierten und normalisierten Armut, weil sie anders als bei den Randgruppen nur wenig sichtbar ist.

Ein Grossteil der armutsbetroffenen Kinder lebt in einem *Working Poor* Haushalt oder in einer von Arbeitslosigkeit betroffenen Familie.³⁰ Zwar ist die Schweiz im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, in denen Arbeitslosigkeit ein für unsere Begriffe unbekanntes Ausmass erreicht hat, bisher von massiver chronischer und struktureller Massenarbeitslosigkeit verschont geblieben, dennoch ist Arbeitslosigkeit ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft und betrifft eine nicht unwesentliche Anzahl Arbeitnehmender. Die Arbeitslosigkeit der Eltern ist somit auch in der Schweiz eine der wichtigsten sozio-ökonomischen Ursachen für eine mehr oder weniger dauerhafte und ausgeprägte Kinderarmut. Was für Kinder aus *Working Poor* Haushalten gilt, trifft auch hier zu: diese jungen, besonders verwundbaren Opfer fallen in der Öffentlichkeit nicht auf. Sie gehen nicht auf die Strasse, um

²⁹ In Deutschland leben 80% der nicht von Armut betroffenen Kindern mit beiden Elternteilen in einem Haushalt. Bei armutsbetroffenen Kindern beträgt dieser Anteil 60%.

³⁰ In Deutschland sind 96% der Väter der nicht von Armut betroffenen Kinder erwerbstätig. Bei den armutsbetroffene Kindern beträgt die Quote der erwerbstätigen Väter nur 54%.

zu demonstrieren, werden von keiner Gewerkschaft vertreten und haben sozusagen keine politische Lobby.

Eine besonders interessante Studie über die Auswirkung der elterlichen Arbeitslosigkeit auf die Kinder ist die wohl bekannteste soziographische Untersuchung «Die Arbeitslosen von Marienthal» von 1931. Sie zeigt mit einfachen und einfühlsamen Mitteln (z.B. die Analyse von Schulaufsätzen zum Thema Weihnachts- oder Berufswünsche), dass die Arbeitslosigkeit der Eltern bei den Kindern zu einem ernüchterten Realismus und eingeschränkten Hoffnungen und Plänen für die Zukunft führt.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass Kinderarmut in der modernen Gesellschaft vielfältige Ursachen hat, die entweder einzeln auftreten oder sich gegenseitig verstärken können. Ein typisches Beispiel dafür ist die zunehmende Verschlechterung der Familienverhältnisse. Sie führt nicht selten zum Verlust des Arbeitsplatzes oder zu einer Überschuldung des Haushaltes und zwingt die Familien in einen Teufelskreis und auf eine langsame Talfahrt ohne Ende.

Welche sozio-psychologischen, affektiven oder sogar physischen Konsequenzen hat Armut aber für die Existenz und die Zukunft der Kinder?

Wir dürfen nicht in einen billigen Materialismus verfallen und das Problem auf seine finanziellen Aspekte, d.h. die fehlenden materiellen Ressourcen, reduzieren. Armut ist ein soziales Problem, das sämtliche Aspekte des Alltags und sämtliche Lebenssituationen betrifft. Aus diesem Grund ist die Armut als soziale Tatsache als ganzheitliches soziologisches Phänomen zu betrachten. Die folgende kaleidoskopische, sehr provisorische und knappe Bestandesaufnahme soll auf die komplexen Probleme hinweisen, mit denen ein in Armut lebendes Kind tagtäglich konfrontiert wird.

Die Kindheit im Zeichen der Armut - Kaleidoskopischer Einblick in eine totale soziale Tatsache: die Dimensionen des Alltags von Kindern in Armut

- Familienaktivitäten
- Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit des sozialen Umfelds
- Zukunftsperspektiven und Zukunftseinstellung
- Chancen auf nachobligatorische Ausbildung
- Essverhalten und Essgewohnheiten
- Sprachverhalten
- Ökonomisches Verhalten (Vorsorge)
- Kleider als Statussymbole
- Konsum von Massenmedien (Häufigkeit, Wahl, usw.)
- Ungenügende Kenntnis der legitimen Kultur
- Soziabilitätsformen (Freunde einladen, usw.)
- Ungesunde Wohnverhältnisse und erhöhtes Erkrankungsrisiko

- Prekäre Wohnverhältnisse und praktische Sozialisationsvoraussetzungen (Pflichten, usw.)
- Aufwertung oder Stigmatisierung durch das direkte Wohnumfeld
- Schulische Schwierigkeiten (Wahrscheinlichkeit eines schulischen Erfolgs)
- Intensität der sozialen Beziehungen
- Freizeit und Ferien
- Teilnahme an ausserschulischen Aktivitäten
- Frühzeitiger Alkohol- und Tabakkonsum
- Verhältnis zum Lesen, Schreiben und anderen «kulturellen Techniken»
- Verhältnis zum eigenen Körper (Pflege, Hygiene, Prävention, Kondition)
- Risiko Gewaltopfer zu werden

In allen oben aufgeführten und vielen anderen Bereichen sind armutsbetroffene Kinder einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Ökologie ausgesetzt, die der Entwicklung der affektiven, mentalen und körperlichen Kompetenzen und kognitiven Fähigkeiten wenig förderlich ist. Genau von diesen Kriterien hängt jedoch die Anerkennung bei den legitimen Instanzen der Platzierung der Individuen im gesellschaftlichen Raum ab (Schule, Arbeitsmarkt, usw.) ab. Die kognitiven, affektiven, mentalen und verhaltenstypischen Dispositionen, die sich in armutstypischen Sozialisationsfaktoren äussern und dort auch reproduziert werden, prägen und strukturieren den Lebenslauf von Menschen, die in diesem und für diesen sozialen Kontext sozialisiert werden, in zunehmendem Mass. Die nachhaltige Integration von sozialen, für den Sozialisationskontext typischen Strukturen und die Verinnerlichung der äusseren Muster in Form von armutstypischen Denk- und Verhaltensmustern sowie von moralischen und ästhetischen Urteilmustern machen es schwer, dem sozialen und kulturellen Verhalten der sozialen Herkunftsklasse mittels so genannter sekundärer Sozialisation entgegenzuwirken.

Wir sind uns bewusst, dass diese Sichtweise als deterministisch aufgefasst werden kann und die Vererbung von Armut als zwangsläufiges Schicksal erscheinen lassen könnte. Es gibt jedoch keinen Determinismus, keine «soziale Physik» mit ewigen Gesetzen, nach denen ein Kind, das in eine arme Familie hineingeboren wird, als Erwachsener unweigerlich und auf lange Zeit von Armut betroffen sein wird. Obwohl der Reproduktion des sozialen Umfelds – beginnend bei der Familie und der dort stattfindenden Sozialisation bis hin zu den Bereichen der sekundären Sozialisation – nichts Mechanisches anhaftet, so deuten doch alle verfügbaren statistischen Daten darauf hin, dass wir es mit einem sehr hohen statistischen Wahrscheinlichkeitsfaktor zu tun haben (was nicht heissen will, dass es sich um ein «unabwendbares Schicksal» handelt).

In Anlehnung an Pierre Bourdieus Theorie der sozialen Welt stellen wir fest, dass Familien in Armutsverhältnissen – in Ermangelung eines Bessern und unfreiwillig – einen sozialen Habitus, also ein System von mehr oder weniger zusammenhängenden und homogenen mentalen, moralischen, ästhetischen, sprachlichen und verhaltenstypischen Dispositionen, welche die typischen sozialen Strukturen des Herkunftsmilieus der Familie als Sozialisati-

onsumfeld widerspiegeln, produziert und reproduziert. Der soziale Habitus von Armut ist u.a. gekennzeichnet durch einen zeitlich begrenzten Horizont, ein eingeschränktes Feld an Möglichkeiten und eine gewisse Prädisposition im «Jetzt und Hier» zu leben als direkte Konsequenz der fehlenden, für die Planung und Umsetzung eines autonomen Lebens erforderlichen materiellen Ressourcen, ferner durch ein System von kognitiven, moralischen, kulturellen und verhaltenstypischen Voraussetzungen, das die Familienarmut in ihren multidimensionalen Aspekten prägt und von Generation zu Generation weitergegeben wird, aber mit den Anforderungen der legitimen Kultur kaum vereinbar ist. Denken wir nur an die Sprachstile (Dialekt, Slang), die im Vergleich zum Standarddeutsch und Standardfranzösisch in weiten Kreisen, darunter auch in der Schule, als minderwertig eingestuft werden. Die innerhalb und für ein spezifisches familiäres Umfeld übertragenen Gewohnheiten werden vom Kind nach und nach verinnerlicht und entwickeln sich zu einer Art zweiten Natur, die immer weniger gut kompensiert werden kann (dafür typisch ist der gängige Ausdruck «ich kann einfach nicht anders»). Im Weiteren deutet alles darauf hin, dass die im Kleinkindalter und im Kreis der Familie entwickelte Vorliebe für Dinge und Praktiken, übereinstimmend mit den Vorlieben der anderen Mitglieder dieses sozialen Umfeldes, den Habitus des betroffenen Menschen nachhaltig prägt. Eine verstehende Soziologie, wie sie Pierre Bourdieu und sein Team in «Das Elend der Welt»³¹ begründet haben, dürfte deutlich machen, wie massiv die ja besonders verwundbaren Kinder unter den gesellschaftlich ungleich verteilten Lebenschancen leiden, die ihnen durch die armutsbedingten Sozialisationsvoraussetzungen auferlegt werden.

Da wir es nicht nur mit einer grundlegenden soziologischen Problematik, sondern gleichzeitig mit einer grundlegenden «sozialen Frage» zu tun haben, müssen wir uns abschliessend auch ein paar Gedanken über die soziopolitischen Herausforderungen bezüglich der behandelten Fragestellungen machen.

Wie kann man Kinderarmut als sozialem Phänomen entgegenwirken?

Obwohl uns wohl jeder beipflichten wird, dass Kinderarmut in unserer Überflussgesellschaft skandalös ist und schon längst ausgerottet gehört, würde sich spätestens bei der Diskussion um erforderliche Mittel und Massnahmen herausstellen, dass ein solcher, an sich kostengünstiger moralischer Konsens bestenfalls an Heuchlerei, wenn nicht sogar an verdächtig linkslastige Utopie grenzt. Zur systematischen und nachhaltigen Bekämpfung von Kinderarmut gibt es nur einen Weg,³² nämlich die Bekämpfung der Familienarmut, die

³¹ Vgl. Schultheis, F.: *Deutsche Zustände im Spiegel französischer Verhältnisse*. Nachwort zur deutschsprachigen Ausgabe von: Bourdieu, P. et al.: *Das Elend der Welt*, Universitätsverlag, Konstanz 1997b, 827-838.

³² «Nur ein Weg» bedeutet natürlich die Ausklammerung von Massnahmen zu eugenischen Zwecken, wie sie in der Vergangenheit in verschiedenen Varianten und mit unterschiedlichen sozialpolitischen Mitteln angeordnet bzw. umgesetzt wurden, wie z.B. die öffentlichen Heime für Findelkinder, welche die armen Familien dazu anhielten ihnen ihre Kinder zu überlassen. Lange Zeit wurde die Armutsbekämpfung in Form eines politischen Kampfs gegen die Armen geführt. Die «political correctness» verbietet uns zwar zumindest in beschränktem Mass Arme zu stigmatisieren und der Selbstverschuldung zu bezichtigen, dennoch muss man sich vor den populistischen Tendenzen in Acht nehmen, die uns ein gewollt abstossendes Bild einer faulen, verantwortungslosen und parasitären «Under Class» (im Sinne der «hässlichen, schmutzigen und bösen Menschen» des Lumpenproletariats) vor Augen führen.

das Kind von Geburt an prägt. Wenn man die Kinderarmut senken will, bedarf es eines echten Programms zum Abbau der massivsten sozialen Ungleichheiten und deren extremster Form, der Armut. Mit anderen Worten: Kinderarmut kann nur durch eine Umverteilungsgerechtigkeit zugunsten armer Familien beigebracht werden, denn um Kinder vor Armut zu schützen, muss erst die Familienarmut, in die Kinder hineingeboren werden, bekämpft werden. Im Weiteren müsste zur Senkung der Kinderarmut ein effizientes und grosszügiges öffentliches Ausbildungssystem für das Vorschulalter ins Leben gerufen werden, um gegen die ungleiche Verteilung der Lebenschancen anzukämpfen, die noch immer dazu führt, dass Kinder, die vom Schicksal in eine benachteiligte Herkunftsfamilie hineingeboren werden, mit grosser statistischer Wahrscheinlichkeit in vielerlei Beziehung weniger Chancen haben, sich erfolgreich in die Gesellschaft zu integrieren als Kinder, die aufgrund der sozialen Stellung ihrer Familie ebenso „unverdient“ mehr „Glück“ hatten.

Prof. Dr. FS Schultheis
Departement Soziologie der Universität Genf
Bd du Pont d' Arve 40
1211 Genève 4
franz.schultheis@socio.unige.ch

Co-Referat

Familienarmut ist kein unabwendbares Schicksal

Jean Blanchard

Mouvement populaire des familles

Bevor ich zwei von Herrn Schultheis erwähnte Punkte aufgreife und näher darauf eingehe, möchte ich Sie mit einer Definition von Armut konfrontieren, die den Titel meines Co-Referats «Familienarmut ist kein unabwendbares Schicksal» treffend umschreibt:

Armut ist keine Krankheit, sondern ein wirtschaftlicher und sozialer Status, mit dem sich die betroffenen Personen abfinden müssen und der ihnen von einem Teil der Gesellschaft aufgezwungen wird.

- 1) **Wo liegen die Ursachen für Kinderarmut? Welche sozialen Voraussetzungen und welche wirtschaftlichen Ursachen liegen ihr zugrunde?**
- 2) **Die Rolle der Familie und ihre wirtschaftliche Bedeutung**
- 1) **Die häufigste Ursache für Kinderarmut und damit auch für Familienarmut in der Schweiz sind die Hungerlöhne, die gewisse Arbeitgeber ihren Vollzeitangestellten bezahlen.**

Gemäss der Caritas-Studie zu den Working Poor in der Schweiz lebten 1992 zwei Drittel der 250'000 Working Poor in Haushalten mit Kindern, während 5,5 % der Erwerbstätigen im Jahr 1995 bei vollem Beschäftigungsgrad weniger als Fr. 2500.- netto verdienten. Die Situation hat sich seither weiter verschärft und ist eines zivilisierten Staates und mehr noch eines der reichsten Länder der Welt unwürdig. Es muss dringend einen Mindestlohn eingeführt werden, unter dem kein Vollzeitbeschäftigter eingestellt werden darf.

Eine Vollzeitbeschäftigung muss mit einem Lohn entschädigt werden, der ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Menschenwürdig leben bedeutet:

- **die Lebenskosten** decken zu können für Nahrung, Kleidung, Unterkunft sowie für Kranken- und Unfallversicherung;
- **Pläne schmieden und sie verwirklichen** (Beispiele: eine Zeitung abonnieren, in den Ferien fahren);
- **der eigenen Familie hin und wieder etwas gönnen**, wie einen Regenschirm oder eine Karussellfahrt für die Kinder;
- **seine Freizeit organisieren und Hobbys ausüben**;
- **in einem einfachen, aber würdigen Rahmen Freunde einladen**;
- **am gesellschaftlichen Leben teilhaben und Kontakte knüpfen**.

Die zweithäufigste Ursache für die Familienarmut in der Schweiz ist das Fehlen einer echten Familienpolitik.

Besonders deutlich wird dies bei den Familienzulagen. In der Industrie ist der prozentuale Anteil der Familienzulagen gemessen am Durchschnittslohn von 1945 bis 2001 von 3,6% auf nur 3,64% gestiegen. Dieses Beispiel zeigt, welche Bedeutung den Familien mit Kindern in unserem Land beigemessen wird.

Grafik Nr.1

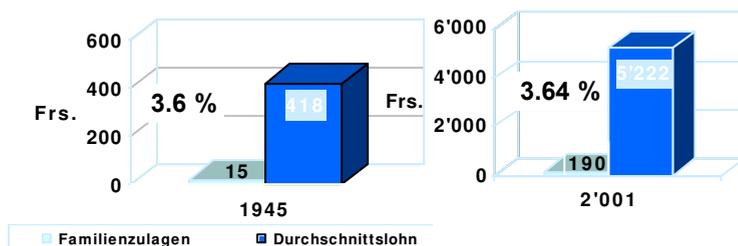


Mouvement Populaire des Familles

Entwicklung der Familienzulagen

= + 0.04 % !!!

im Verhältnis zum Durchschnittslohn



Die Einführung echter Familienzulagen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effiziente Bekämpfung von Familienarmut. Dabei müssen folgende Faktoren berücksichtigt werden müssen:

Die Kinderkosten und die wirtschaftliche Bedeutung von Familien mit Kindern

Unterhalts- und Erziehungskosten für Kinder

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die pro Kind anfallenden Unterhalts- und Erziehungskosten. Sie basiert auf Berechnungen des Jugendamtes des Kantons Zürich aus dem Jahr 1994, die dem Landesindex der Konsumentenpreise vom August 2000 angepasst wurde.

Alter	Familien mit einem Kind	Familien mit 2 Kindern	Familien mit 3 Kinder	Familien mit 4 Kindern und mehr
1 bis 15 Jahre	1285,40	1095,35	971,75	905,25
16 bis 20 Jahre	1504,00	1268,00	1140,50	1047,80

Die effektiven Auslagen für den Unterhalt und die Erziehung von Kindern in der Schweiz werden auf 24 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt.

Im Jahr 2000 wurden in den Kantonen 4,4 Milliarden Franken für Geburts-, Haushaltungs-, Familien- und Ausbildungszulagen ausbezahlt. Diese **4,4** Milliarden stellen lediglich **18%** der jährlichen für die Familien anfallenden Unterhalts- und Erziehungskosten für Kinder dar.

2 Die Rolle der Familie und ihre wirtschaftliche Bedeutung

Die Familie ist nicht nur von zentraler sozialer Bedeutung, sie spielt auch für die Wirtschaft eine entscheidende, nur selten erwähnte und kaum beachtete Rolle.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Familien mit Kindern

Familien mit Kindern leisten jedes Jahr für 105 Milliarden Franken **unbezahlte** Familien- und Haushaltsarbeit und wenden für ihren persönlichen Bedarf (Nahrung, Unterkunft, medizinische Versorgung, Transport, usw.) rund **125 Milliarden** Franken auf.

Das bedeutet:

Familien mit Kindern sind der Motor der Wirtschaft. Sie leisten einen jährlichen Beitrag im Wert von 230 Milliarden an unsere Wirtschaft; das sind 60% des Bruttosozialproduktes.

Der Unterhalt und die Erziehung der Kinder sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung einer gut funktionierenden, zukunftssträchtigen Gesellschaft.

Familienzulagen müssen dringend einer grundlegenden Reform unterzogen werden

Die Familienzulagen werden von rund 800 privaten (Arbeitgeber) und 26 kantonalen Ausgleichskassen verwaltet und in Form von Lohnprozenten finanziert, wobei die Höhe der Beitragssätze sehr unterschiedlich ist und von 0,1% bis 5% reicht. Zusammen zahlen die Ausgleichskassen den Familien 4,4 Milliarden Franken aus.

Das MPF legt Wert darauf den Begriff "Finanzierung durch den Arbeitgeber" zu relativieren, denn die Beiträge sind Teil der allgemeinen Unkosten des Unternehmens und werden auf die Selbstkostenpreise der Waren und Dienstleistungen abgewälzt. Sie berühren die Unternehmensgewinne in keiner Weise. Der zur Beitragsfinanzierung verwendete Mehrwert der verkauften Waren und Dienstleistungen wird durch die Tätigkeit der Arbeitnehmer erzielt.

Die Familienzulagen müssten zumindest:

- allen Kindern zugesprochen werden, unabhängig vom Erwerbesstatus und dem Lohn der Eltern; ein Kind = eine Zulage
- die finanzielle Belastung, die durch den Unterhalt und die Erziehung der Kinder anfällt, grösstenteils ausgleichen;
- dem wirtschaftlichen Wert der Haus- und Familienarbeit, die von Familien mit Kindern geleistet wird, Rechnung tragen.

Familienzulagen sind kein Zusatzeinkommen für Niedriglöhne! Jeder Arbeitnehmende sollte mit seinem Lohn ein menschenwürdiges Dasein finanzieren können. Die Familienzulagen sind ein fester Bestandteil unseres Sozialversicherungswesens.

Das MPF fordert:

Eine Familienzulage von monatlich 600 Franken für Kinder von 1 bis 15 Jahren und Jugendliche von 15 bis 25 Jahren in Schul- oder Berufsausbildung mit einer jährlichen Anpassung an den Landesindex der Konsumentenpreise.

Damit würden die Familien jährlich mit **11,5 Milliarden Franken** unterstützt. Gemessen am wirtschaftlichen Beitrag der Familien im Wert von **230 Milliarden Franken** ist diese Summe durchaus vertretbar.

Eine gemischte Finanzierung der Familienzulagen.

Finanzierung der Familienzulagen für Kinder von 0 und 15 Jahren und der Geburtszulagen durch die öffentliche Hand mittels direkter Besteuerung (z.B. durch Erhebung eines Zusatzrappens) als Entgelt für den Beitrag, den die Familien an Gesellschaft und Wirtschaft leisten.

Finanzierung der Familienzulagen für Kinder von 15 bis 25 Jahren durch die Arbeitgeber mittels einer auf die Bruttowertschöpfung der Unternehmen erhobene Abgabe. Die Unternehmen profitieren mit von der Schulausbildung und der Erziehungsarbeit der Familien.

Eine eidgenössische Kasse für Familienzulagen und einen einheitlichen Beitragssatz für alle Arbeitgeber

Die Steuerpolitik

Ein weiterer wichtiger Punkt mit direkten Auswirkungen auf die Familienpolitik wäre:

die Einführung einer Individualbesteuerung und von Steuerrabatten für Familien

Bei der Berechnung der Steuerrabatte müsste die finanzielle Belastung, die der Familie durch den Unterhalt und die Erziehung eines oder mehrerer Kinder oder eines betreuungsbedürftigen Familienangehörigen entsteht, berücksichtigt werden.

Im Weiteren müsste jeder Steuerpflichtige diesen Rabatt in Franken von seinem aufgrund des Verdienstes bemessenen Steuerbetrag abziehen können.

Eine weitere Ursache für Familienarmut ist die „Unfähigkeit“ der Bundesbehörden familienfreundliche Lösungen anzubieten.

Als Beispiel:

Die von den eidgenössischen Räten verabschiedete Steuerermässigung für Familien

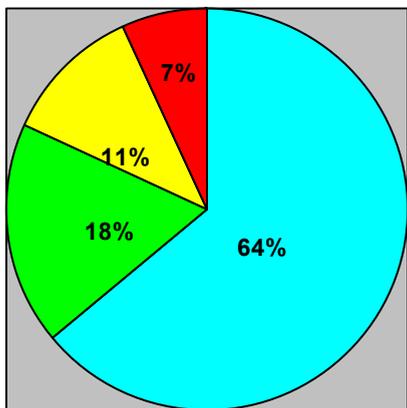
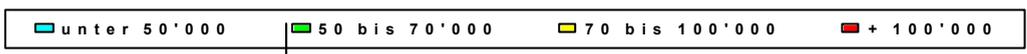
Die Einführung des Teilsplittings für Ehepaare und die Erhöhung der Kinderabzüge bei der direkten Bundessteuer, die der steuerlichen Entlastung der Familien dienen soll, sind keine brauchbare Lösung.

Direkte Bundessteuer (DB) oder Familienzulagen?

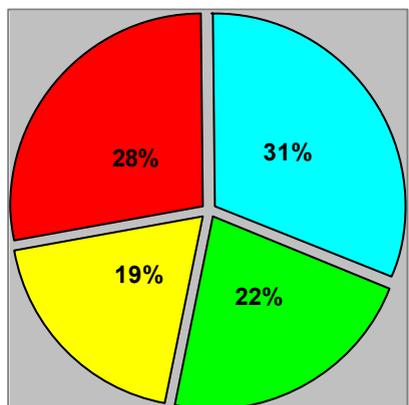
Viele Steuerpflichtige bezahlen aufgrund ihres niedrigen Einkommens keine oder sehr wenig direkte Bundessteuern. Sie leben oft knapp über oder sogar unter der Armutsgrenze. Eine Reduktion des steuerbaren Einkommens durch höhere Kinderabzüge wird sich kaum auf den Steuerbetrag auswirken. Falls sie auf Bundesebene bereits von der Steuerpflicht befreit sind, ist die Steuerreduktion gleich null. Andernfalls werden sie höchstens ein paar Dutzend Franken einsparen. Steuerpflichtige mit Einkommen über 100'000 Franken können eine bedeutend höhere Steuerermässigung von mehreren Hundert bis über Tausend Franken geltend machen. De facto führt dieses System zu einer Degressivität des steuerpflichtigen Einkommens. Je höher das Einkommen, desto höher die Abzüge.

Grafik Nr.2

Verteilung der Steuerpflichtigen und der steuerbaren Einkommen 1995/96 in der Schweiz

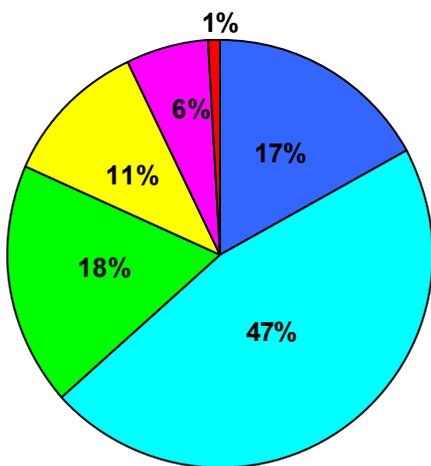


Verteilung der Steuerpflichtigen

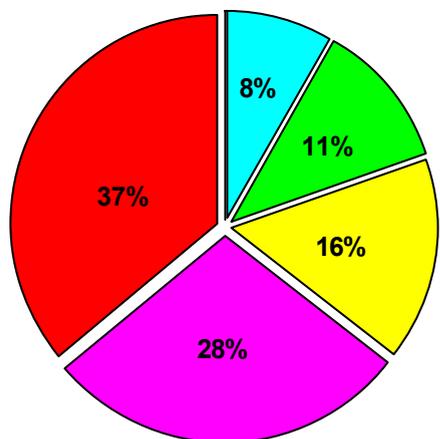


Verteilung der steuerbaren Einkommen

Verteilung der Steuerpflichtigen und Einnahmen aus der DB 1995/96 in der Schweiz



Verteilung der Steuerpflichtigen



Verteilung der Einnahmen aus der DB

Eine gute Lösung zur Entlastung von Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen wäre:

**Die Einführung von eidgenössischen Familienzulagen nach dem Prinzip:
Ein Kind = eine Zulage, zusätzlich zu den bereits bestehenden Familienzulagen.**

Der Anspruch auf Familienzulagen müsste sich nach dem Prinzip **ein Kind = eine Zulage** richten und allen Kindern von 0 bis 15 Jahren und Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren in Schul- oder Berufsausbildung ausbezahlt werden. Gemäss Statistik des Bundesamtes für Statistik wären am 31. Dezember 1998 **1'593'826** Kinder und Jugendliche anspruchsberechtigt gewesen.

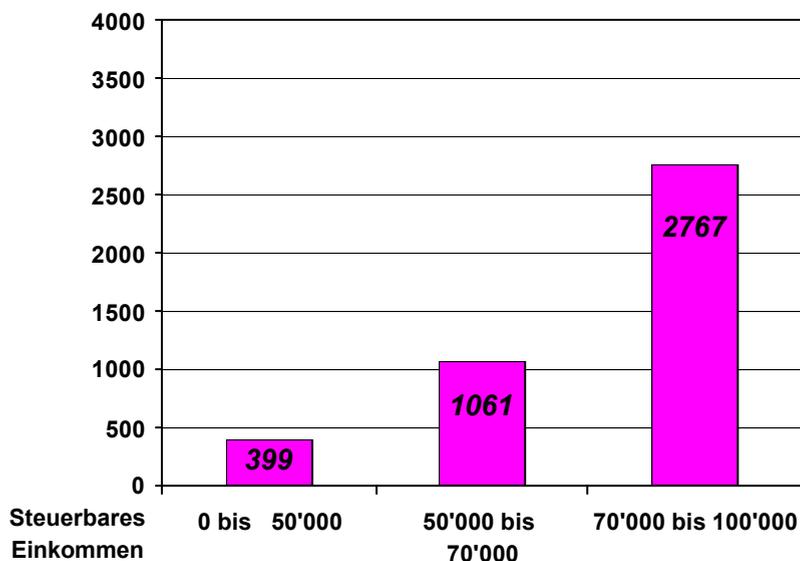
Jährlich würden folgende Beträge in Form von Familienzulagen ausgezahlt:

- **840** Franken für Familien mit einem Kind
- **1'680** Franken für Familien mit 2 Kindern
- **2'520** Franken für Familien mit 3 Kindern
- **3'360** Franken für Familien mit 4 Kindern

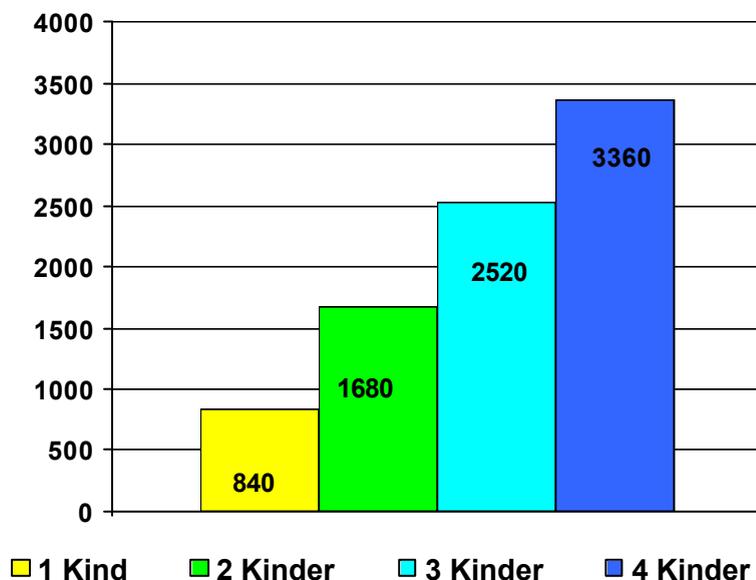
Jährlicher Gesamtbetrag zu Lasten des Bundes: 1,339 Milliarden

Grafik Nr.3

**Direkte Bundessteuer:
Maximaler Steuerbetrag für Ehepaare**



Jährliche Familienzulage in Franken



Durch diese einheitliche, zusätzliche eidgenössische Familienzulage erhöht sich das Einkommen der Grossverdiener zwar in gleichem Masse wie dasjenige der Kleinverdiener, doch durch die Progression der direkten Bundesteuer und die damit einhergehende grössere Steuerbelastung steht dem Grossverdiener unter dem Strich eine kleinere Summe zur Verfügung.

Die Erhöhung der Familienzulagen ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer echten schweizerischen Familienpolitik. Die Steuersolidarität zwischen Klein- und Grossverdienern bleibt dabei gewahrt.

Jean Blanchard
Secrétaire romand du MPF
Mouvement populaire des familles secrétariat général
CP 155
1211 Genève 17
mpf-ge@bluewin.ch